

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Stadtrats und des Finanzamts Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 46 Millimeter breite Millimeterzeile 6 Pf. im Textteil die 33 Millimeter breite Millimeterzeile 18 Pf. Anzeigenschluß: 10 Uhr vormittags. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 3 gültig

Bezugspreis: Für einen Monat 2.— RM mit Zustagen; einzelne Nummer 10 Pf. Gemeinde-Verbands-Konto Nr. 3 Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403 Postfachkonto Dresden 125 48

Nr. 91

Mittwoch, am 17. April 1935

101. Jahrgang

Derstliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Seit einigen Monaten ist die neue Reichsstraßenverkehrsordnung in Kraft, aber es scheint noch viele am Verkehr teilnehmende Personen zu geben, denen die neuen Verkehrsschilder noch unbekannt sind. So scheint vor allem die rote Scheibe mit dem weißen Querstrich, die das frühere 5-Punkt-Schild ersetzt, vielen noch ein unbekanntes Etwas zu sein. Dieses Zeichen bedeutet „Einfahrt für alle Fahrzeuge verboten“, aber trotzdem fahren viele, die die Einbahnstraßen früher beachtet, jetzt in der falschen Richtung. Es ist nun Zeit genug gewesen, sich mit den neuen Zeichen bekannt zu machen, aus diesem Grunde wird nun auch jeder Verkehrsstörer abgestraft. Hingewiesen sei auch nochmals auf die Bestimmung der Straßenschilderordnung, wonach Fahrzeuge aller Art nur bis 10 Meter vor oder hinter einer Kreuzung aufgestellt werden dürfen, und weiter darauf, daß das Anfahren und Halten von Fahrzeugen grundsätzlich an der rechten Seite der Fahrtrichtung zu erfolgen hat. Gerade die letztere Bestimmung wird noch vielfach außer Acht gelassen. Viel gefährdeter wird auch noch mit den Rückstrahlern. Bekanntlich müssen alle Fahrzeuge, die kein Schlußlicht zu führen haben, auf der Rückseite mit Rückstrahlern versehen sein, also insbesondere auch Pferdegeschirre, Handwagen und Fahrräder; ausgenommen sind nur Schubkarren, schmale Handkarren und Kinderwagen. Die näheren Vorschriften über die Anbringung genau auf der Mitte ist zulässig. Zweitens — und das wird meistens noch nicht genügend beachtet — darf sich der Rückstrahler nicht höher als 50 Zentimeter über dem Erdboden befinden und niemals verdeckt sein. Sitt er zu hoch, so setzt sich der Fahrzeugführer nicht nur der Bestrafung aus, sondern läuft vor allem Gefahr, daß sein Rückstrahler von dem nach schräg unten gerichteten Scheinwerfer nachfolgender Kraftwagen nicht getroffen wird, das Fahrzeug also von dem Kraftwagenführer nicht rechtzeitig bemerkt werden kann. Wiegt die Rückwand des Fahrzeuges selbst mit ihrer Unterseite höher als 50 Zentimeter über dem Erdboden, dann muß, wenn Wagenrinne, Radstrebe oder Schutzblech keine geeignete Stelle für die Anbringung des Rückstrahlers bieten, ein besonderes Eisenband an der linken Seite der Rückwand oder an der Wagenachse oder dem Achsfutter befestigt werden, das den Rückstrahler an seinem Ende trägt, oder es muß eine ähnliche Vorrichtung getroffen werden. Der Reichsverkehrsminister empfiehlt in einer Verordnung vom 19. Dezember 1934, zu diesem Zwecke ein weißes Band anzubringen, das beim Fahren in der Fahrtrichtung hin- und herpendeln kann, um zu verhindern, daß der Rückstrahler durch Hindernisse abgerissen wird, und um zugleich die Wirkung des Rückstrahlers durch die Helligkeitschwankungen beim Pendeln zu verstärken. Er bemerkt weiter, daß die Rückstrahler so angebracht werden können, daß sie — z. B. bei landwirtschaftlichen Arbeitsgeräten, die nur zeitweise und selten auf öffentlichen Straßen verkehren — von einem Fahrzeug auf das andere ausgewechselt werden können.

— Der Osterhase im Dienste der NSD! Im Bereiche der Ortsgruppe Dippoldiswalde der NS-Volkswohlfahrt sind für groß und klein verschiedene Osterfreuden und -überraschungen vorgesehen. So werden z. B. in der Stadt selbst Jungvolk und Jungmädels für Gründonnerstag früh nach der Aue eingeladen, wo für die Benannten ein lustiges Eierfischen stattfinden wird. Selbstverständlich können auch Angehörige mitkommen und sich an diesem fröhlichen Treiben ergötzen. Auch die zur Ortsgruppe gehörigen Landgemeinden haben ähnliche Veranstaltungen geplant, darunter die Jelle F (Pausdorf und Ralte), die ebenfalls für ihre Kinder ein solches Eierfischen veranstaltet. In der Jelle E (Ubersdorf und Glend) schließt sich in Übersdorf am 1. Feiertag dem für die Kinder angelegten Eierfischen eine kleine Ostermorgensfeier unter Mitwirkung des Männerchors an. So trägt auch die NSD auf ihre volksverbundene und gemeinschaftliche Art zur Erhaltung alter Sitten und Gebräuche sowie zu deren Förderung und Pflege bei.

Dippoldiswalde. Gefüllte Talsperren. Nach der Schneeschmelze und den ergiebigen Niederschlägen in den letzten Wochen konnten die Wallertalsperre und die Talsperren bei Ringenberg und an der Lehmühle wieder gefüllt; die Lehmühle-Talsperre erreicht zum erstenmal ihren Höchststand.

Reinhardtsgrimma. Die Schlammung und der Neubau der Umfassungsmauern unseres Gemeindefeldes sind nun beendet. Reichlich 1000 Kubikmeter Schlamm- und Geröllmassen mußten bewältigt werden, wovon der größte Teil zum Auffüllen des Gartens am gegenüberliegenden und zum Rittergute gehörigen sogenannten Polenbause benutzt wurde, während einige 100 Kubikmeter Schlamm von hiesigen Landwirten zu eigener Verwendung abgefahren wurden. Der trockene Sommer des Vorjahres hat den großen Wert eines in gutem Zustande befindlichen Teiches bei Brandtschlag erneut bewiesen; denn als schon alle Brunnen und der Dorfbach versiegt waren, hatte er noch Wasser. Vorgenannte Arbeit ist als Notstandsarbeit in 473 Tagewerken ausgeführt worden.

Reinhardtsgrimma. Die hiesige Ortsgruppe der Deutschen Arbeitsfront hielt am Sonnabendabend eine Pflichtversammlung in Voglers Gasthof ab. Kreisorganisationsleiter Plehsch, Dippoldiswalde, gab dabei Ausführungen allgemeiner Art, und kritisierte vor allem den schlechten Besuch der Versammlung. Es solle doch nicht immer die Ausrede gebraucht werden, daß man keine Zeit zum Versammlungsbesuche habe, auch dazu müsse einmal Rat werden, und er hoffe, daß es bei der nächsten Versammlung anders sein werde. Es solle jeder dazu beitragen, Gemeindefeld ins Volk zu tragen, um das junge Deutschland zu festigen und zu gestalten. Dann kamen wir auch den Aufgaben der Deutschen Arbeitsfront näher.

Frankreichs „Anfrage“

Unhaltbare und dürftige Begründung

Genf, 17. April.

Nach einer geheimen Sitzung, die nur einige Minuten dauerte, trat der Völkerbundsrat in öffentlicher Sitzung zur Behandlung des französischen Antrages gegen den deutschen Beschluß, zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zusammen. Sofort nach Eröffnung der Sitzung erteilte der Präsident des Rates, der türkische Außenminister Nüschükras, dem französischen Außenminister Laval das Wort zu einer kurzen Erklärung, die die Unterbreitung eines Entschließungsentwurfes im Namen der drei Mächte Frankreich, England und Italien begleitete.

Außenminister Laval

erklärte: „Indem die französische Regierung den Entschluß gefaßt hat, diese Aussprache herbeizuführen, gibt sie ihrem Vertrauen in den Völkerbund Ausdruck. Es ist dies eine Anerkennung der Unabhängigkeit, der Unparteilichkeit und der Autorität der Genfer Institution.“

Das deutsche Vorgehen vom 16. März muß verurteilt werden. Es müssen Maßnahmen ins Auge gefaßt werden, um in der Zukunft den Völkerbundspakt hinsichtlich der Organisation der kollektiven Sicherheit wirksamer zu gestalten.

Der Rat des Völkerbundes wird seine Verantwortlichkeiten übernehmen. Da er mit der Aufrechterhaltung des Friedens betraut ist, wird er heute nicht schweigsam und unbeteiligt sein wollen. Er muß sich seiner Herkunft erinnern und muß die Grundätze, auf denen er begründet ist, beherzigen. Er muß die Folgen seiner Haltung abmessen; dann wird er seiner Mission gerecht werden.

Die Völker wissen, daß das Vertrauen in die beschworene Treue und in die übernommenen Verpflichtungen nicht nur ein moralisches Prinzip ist, sondern das lebendige Gesetz des Völkerbundes. Ich will hier nicht plädieren. Die Tatsachen sind zu bekannt. Die Denkschrift der französischen Republik zählt sie auf, analysiert sie und wertet sie. Die Ratsmitglieder haben sie beurteilen können. Sie werden sich auch darüber aussprechen. Frankreich hat durch seine Taten gezeigt, daß es den Frieden will. In London haben wir am

3. Februar zusammen mit der britischen Regierung ein Verhandlungsprogramm ins Auge gefaßt, das uns schnell zu einer haltbaren Organisation der Sicherheit in Europa führen sollte. Unsere Vorkerkungen sind durch das deutsche Vorgehen zunichte gemacht worden. Wer hätte bestreiten, daß die Reichsregierung durch ihre Handlungsweise in der Welt die Enttäuschung und Beunruhigung verursacht hat?

Die Ratsmächte müssen einen Entschluß fassen. Ich bin sicher, daß sie es verstehen werden, ein gewisses Zaudern, falls es bei ihnen bestehen sollte, zu überwinden, um die Regeln des internationalen Lebens achten zu helfen. Wenn sie ihre Pflicht erfüllt haben, werden wir der Zukunft ins Auge sehen.

Wir machen keinen Unterschied zwischen den einzelnen Nationen. Alle Völker müssen auf demselben Boden der Gleichheit behandelt werden. Unsere Politik ist gegen kein Land gerichtet. Die Sicherheit, die wir verlangen, wollen wir für alle, das heißt, daß wir nicht auf unser Friedensideal verzichten haben und daß wir auch in Zukunft nicht darauf verzichten werden.

Dies ist die Sprache Frankreichs. Man wird in der Welt nicht sagen können, daß Frankreich durch den Antrag, den es dem Rat unterbreitet hat, dem notwendigen Wert der Versöhnung zwischen den Völkern geschadet hat. Wenn es für die Erfordernisse der internationalen Moral nötig ist, über die Vergangenheit zu richten, so darf doch die schwierige, langsame und oft undankbare Arbeit nicht unterbrochen werden, den Frieden zu organisieren.

Ich habe daher die Ehre, bei dem Büro des Rates einen Entschließungsentwurf zu hinterlegen, der die Schlußfolgerung aus der jetzigen Debatte darstellt. Diese Entschließung wird von den drei Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens unterbreitet.

Sir John Simon

ergriff nach Laval das Wort. Er begann mit der Feststellung, daß die von Laval vorgelegte Entschließung eine gemeinsame Entschließung der drei Stresmächte sei. Der Grund, der diese Mächte bewegen habe, diese Entschließung gemeinsam vorzulegen, sei aus dem Schlußkommunique von

wohnte. Seidel soll herz- und nervenkrank gewesen und in letzter Zeit öfters nachts umhergeirrt sein.

Rochlitz. „Tausend Jahre deutsch“. Unter dem Leitwort „Rochlitz tausend Jahre deutsch — Fest der Landschaft“ wird die Stadtgemeinde im kommenden Jahr ihre Tausendjahrfeier begehen. Die Festtage sind auf den 21., 22. und 23. Juni 1936 festgelegt worden. Bei der Feier wird u. a. ein Festspiel von Franziskus Nagler zur Ausführung kommen.

Bad Schandau. 14-jähriger Lebensretter. Der vierzehn Jahre alte Hellmut Berge rettete den zwölfjährigen Sohn des Gastwirts Fischer unter eigener Lebensgefahr vor dem Tode des Ertrinkens. Fischer war mit seinem Fahrrad in den durch Hochwasser stark geschwollenen Zaufengraben gefallen und besand sich, des Schwimmens untüchtig, in großer Lebensgefahr.

Zwickau. Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts verurteilte die 25 Jahre alte Klara S. zu 1 Jahr 7 Monaten Zuchthaus. Sie hatte ihren alten Vater um 1000 RM. bestohlen. Einen Teil des Geldes hatte sie auf leichtsinnige Weise ausgegeben. Den Rest hatte sie vergraben. Dieser Teil des Geldes konnte wieder herbeigeholt und dem alten Manne ausgehändigt werden.

Zittau. Bei dem Versuche, von Grottau aus über die sächsische Grenze zu flüchten, wurde der 21 Jahre alte Badergehilfe Wilhelm Stödel von den sächsischen Behörden verhaftet. Er hatte seiner in Reichenberg wohnhaften Stiefmutter Geldbeträge und Sparfassenbücher im Gesamtwert von rund 21000 Kronen entwendet. Außerdem befanden sich unter der untergeschlagenen Summe auch Gewerkschaftsgelder in Höhe von 4000 Kronen.

Wetter für morgen:

(Meldung des Reichswetterdienstes: Ausgabestadt Dresden.) Veränderliche Winde aus wechselnden Richtungen. Meist bedeckt. Zeitweise Regen. Geringe Wärme-Steigerung.

Strela selbst erfüllt und zwar aus dem Absatz, in dem die drei Mächte es als ihr Hauptziel bezeichnen, den Frieden aufrechtzuerhalten im Rahmen des Völkerbundes, wobei sie gleichzeitig entschlossen seien, durch alle brauchbaren Mittel einseitige Aufkündigungen von Verträgen für die Zukunft unmöglich zu machen.

Simon betonte weiter, er wolle besonders darauf aufmerksam machen, daß die kollektive Aufrechterhaltung des Friedens im Rahmen des Völkerbundes das Ziel der drei Mächte sei. Sie seien in Genf heute nicht als Vertreter ihrer Regierungen erschienen, sondern als Mitglieder des Völkerbundes und des Völkerbundsrates. Wenn diese Entschließung vom Rat angenommen werde, so werde sie damit zu einer Ratsentscheidung. Simon ging dann auf die drei Schlusssätze der gemeinsamen Entschließung ein, die er noch einmal zusammenfassend wiederholte und deren Sinn er im Einklang mit dem Wortlaut erläuterte.

Zum Schluß erklärte Sir John Simon, diese Vorschläge seien wohl begründet. Wenn der Rat ihnen zustimme, so werde er damit zeigen, daß er einig sei in der Aufrechterhaltung des Friedens und in der Herstellung der allgemeinen Sicherheit.

Der Entschließungsentwurf

Der von Caval im Namen der Delegationen Frankreichs, Englands und Italiens dem Völkerbundsrat unterbreitete Entschließungsentwurf lautet: „Der Völkerbundsrat ist der Ansicht:

1. daß die gewissenhafte Einhaltung aller Verpflichtungen aus den Verträgen eine Grundregel des internationalen Lebens und eine Voraussetzung der Aufrechterhaltung des Friedens ist;
2. daß es ein Hauptgrundsatz der Menschenrechte ist, daß keine Macht sich von den Verpflichtungen eines Vertrages lösen kann, noch daß sie seine Bestimmungen ohne Übereinstimmung mit den anderen vertragsschließenden Parteien abändert;
3. daß die deutsche Einführung des Wehrgesetzes vom 16. März 1935 in Widerspruch mit diesen Grundsätzen steht;
4. daß durch diese einseitige Maßnahme kein Recht entstehen konnte;
5. daß diese einseitige Maßnahme, indem sie ein neues Störungselement in die internationale Lage brachte, notwendig als eine Drohung gegen die europäische Sicherheit erscheinen mußte.

In der Erwägung, daß andererseits

6. die britische Regierung und die Regierung Frankreichs mit Zustimmung der italienischen Regierung die deutsche Regierung seit dem 8. Februar 1935 mit dem Programm einer allgemeinen Regelung befaßt hatten mit dem Ziele, durch freie Verhandlungen den Frieden in Europa zu organisieren und zu einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung im Rahmen der Gleichberechtigung zu gelangen bei gleichzeitiger Sicherstellung der aktiven Mitarbeit Deutschlands am Völkerbund;
7. daß die einseitige Maßnahme Deutschlands nicht nur unvereinbar mit diesem Plan ist, sondern daß sie auch gerade zu der Zeit kam, als die Verhandlungen tatsächlich im Gange waren, erklärt der Rat:

I. daß Deutschland gegen die Pflicht, die allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft auferlegt ist, verstoßen hat, nämlich die eingegangenen Verpflichtungen innewahnen. Der Rat verurteilt jede einseitige Aufkündigung der internationalen Verpflichtungen.

II. Der Rat richtet an die Regierungen, die das Programm vom 8. Februar 1935 ins Leben gerufen oder die sich ihm angeschlossen haben, die Aufforderung, die Verhandlungen, die sie begonnen haben, fortzusetzen und vor allem im Rahmen des Völkerbundsabkommens die Verträge abzuschließen, die im Einklang mit den Verpflichtungen des Völkerbundsabkommens notwendig erscheinen sollten, um das Ziel zu erreichen, das in diesem Programm zur Sicherung der Aufrechterhaltung des Friedens vorgesehen ist.

III. In Erwägung, daß die einseitige Aufkündigung internationaler Verpflichtungen sogar die Existenz des Völkerbundes in Gefahr bringen kann, also eine Einrichtung, die die Pflicht hat, die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern und die allgemeine Sicherheit zu organisieren, beschließt der Völkerbundsrat:

Daß bei einer derartigen Aufkündigung ohne Anwendung der Mittel, die in internationalen Verträgen schon vorgesehen sind, die Mitglieder des Völkerbundes im Rahmen des Völkerbundsabkommens alle geeigneten Mittel zur Anwendung bringen müssen, wenn es sich um Verpflichtungen handelt, die die Sicherheit der Völker und die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa in Mitleidenschaft ziehen.

Der Rat beauftragt einen Ausschuß, zu diesem Zweck Maßnahmen vorzuschlagen, die den Völkerbundsrat hinsichtlich der Organisation der allgemeinen Sicherheit wirksamer machen, und im besonderen wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen auszuwickeln, die angewandt werden könnten, falls in Zukunft ein Staat, ob er nun Mitglied des Völkerbundes ist oder nicht, den Frieden in Gefahr bringt, indem er einseitig seine internationalen Verpflichtungen aufkündigt.

Nach dem englischen Außenminister sprach der italienische Rabinettsschef

Mosk

Er erklärte, daß in dem gemeinsamen Entschließungsentwurf die Grundlagen festgelegt worden seien, die die Laten der italienischen Regierung auf internationalem Gebiet immer geleitet haben. Die zahlreichen Initiativen, die die sozialistische Regierung in den schwierigsten Augenblicken ergriffen habe, seien der Friedenssicherung gewidmet gewesen. Die faschistische Regierung habe ihre Politik immer auf Realitäten, aber auch auf die Interessen aller Nationen gegründet. Sie werde aber, obwohl sie die Notwendigkeit des Bestehens der Verständigung nicht verkenne, sich dem Willen derjenigen widersetzen, die den europäischen Frieden bedrohen. Die italienische Regierung habe seinerzeit die weitestgehenden Vorbehalte geltend gemacht gegen die Entscheidung der deutschen Regierung vom 16. März. Er schloß sich vollinhaltlich den Erklärungen Frankreichs und Großbritanniens an. Die italienische Regierung habe immer der Ansicht Ausdruck verliehen, daß es angezeigt wäre, den Teil V des Versailler Vertrages einer Revision zu unterziehen. Sie habe aber dabei immer klar zu verstehen ge-

Scharfe Ablehnung des Genfer Entschließungsentwurfs in der Berliner Presse

Berlin, 17. April. Sämtliche Berliner Wälder nehmen in Vertauschen zu dem Entschließungsentwurf Frankreichs, Englands und Italiens Stellung. Ueberall wird dieser „unmögliche“ Entschließungsentwurf scharfsten abgelehnt. Der „Völkische Beobachter“ schreibt u. a.: Dieser Entschließungsentwurf ist in jeder Hinsicht so sehr ein Produkt des Geistes von Versailles, daß er nur auf die einseitige Ablehnung der deutschen Öffentlichkeit stoßen wird. Heute lehnt es eine geschlossene große Nation, die vertrauensvoll hinter ihrem Führer steht, mit aller Entschiedenheit ab, sich irgend einem Urteilspruch zu beugen, der nicht dem Geiste der Gerechtigkeit, sondern dem einer vollkommenen Willkür in der Auslegung internationaler Verträge entsprungen ist. Das deutsche Volk ist der Ueberzeugung, daß es vor einem internationalen Forum, dessen oberster Leitsatz wirklich nur die Gerechtigkeit ist, erscheinen kann, ohne befürchten zu müssen, wegen seines Schrittes vom 16. März schuldig gesprochen zu werden. Nach deutscher Auffassung hat die deutsche Reichsregierung mit der Wiederherstellung der deutschen Wehrfreiheit als letzte der Versailler Vertragsmächte den Schritt unternommen, den alle anderen vor ihr getan haben. Der Entschließungsentwurf hat die Einhaltung aller Verpflichtungen internationaler Verträge die „Grundregel des internationalen Lebens“ genannt. In keinem Lande wird man dieser Feststellung freudiger zustimmen als in Deutschland. Denn Deutschland hat 16 Jahre lang darauf gewartet, daß aus dieser theoretischen Erkenntnis auch praktische Folgen entstehen würden. Erst als es den Glauben nicht mehr haben konnte, daß dies der Fall sein würde, hat es durch seinen Schritt den Gleichgewichtszustand im internationalen Recht wiederhergestellt, der durch die einseitige deutsche Abrüstung vorher nicht vorhanden war. Unter Hinweis darauf, daß die französische Regierung bestreitet, daß die Präambel zum Teil V des Versailler Vertrages eine Abrüstungsverpflichtung aller Vertragsmächte darstelle, zitiert der „V. B.“ Paul-Boncour, der am 8. April 1927 in Genf erklärte, daß die deutsche Abrüstungsverpflichtung den anderen Unterzeichnermächten die Pflicht auferlege, die allgemeine Begrenzung der Rüstungen in Angriff zu nehmen.

geben, daß eine solche Revision auf rechtlchem Wege zustande kommen müsse.

Polens Außenminister Bed

erklärte, er halte es für notwendig, sich bei seiner Rede auf das Dokument zu beziehen, das ihm sehr bedeutungsvoll erscheine, nämlich auf die französische Denkschrift vom 9. April. Seiner Ansicht nach habe die französische Regierung darin dem Rat drei verschiedene Probleme unterbreitet: 1. die deutsche Aufrüstung, 2. die Erweiterung der Verpflichtungen, die den Mitgliedern des Völkerbundes aus dem Völkerbundsvertrag erwachsen und 3. die Verstärkung der Sicherheit auf dem Wege von neuen Typen von internationalen Abkommen.

Was das erste Problem angeht, so führte Außenminister Bed weiter aus, wolle er daran erinnern, daß seine Regierung sich zu verschiedenen Malen über die Ziele und Methoden der Abrüstungskonferenz ausgesprochen habe in dem Rahmen, in dem das Problem anfanglich behandelt worden sei.

„Da die polnische Regierung an den Verhandlungen außerhalb der Konferenz nicht teilgenommen hat, und da sie sich an den damals abgegebenen Erklärungen nicht beteiligt hat, ist es nicht erstaunlich“, sagte der polnische Außenminister, „daß ich bei der gegenwärtigen Lage nicht an die Nützlichkeit glaube, irgendwelche neuen Bemerkungen in dieser Angelegenheit zu machen.“

Ueber den zweiten Punkt, der sich auf die in der Zukunft anzuwendenden Sanktionen bezieht, wolle er nur einige allgemeine Bemerkungen machen. Niemand könne bestreiten, daß gewisse Verpflichtungen des Paktes unglücklicherweise ziemlich häufig nicht durchgeführt worden seien und daß dadurch das Ansehen des Völkerbundes vermindert worden sei.

„Glaubt man ernstlich“, so fragte der polnische Außenminister, „daß es möglich ist, seine Autorität wiederherzustellen und die Wirksamkeit seiner Aktion zu erhöhen, indem man die Zahl der Artikel und der Paragraphen vermehrt, die neue Verpflichtungen enthalten?“

Noch vor zwei Jahren ist der Geisteszustand, in dem sich die politischen Beziehungen zwischen den Staaten Osteuropas entwickelten, wenig befriedigend gewesen. Trotzdem hat man sich damals wenig um die Sicherheit in diesem Teil Europas gekümmert. Um so lieber stelle ich heute fest, daß sich die politischen Beziehungen in dieser Gegend außerordentlich günstig entwickelt haben. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Friedensabmachungen und Nichtangriffsverträge seines Landes sowie Estlands, Finnlands und Lettlands mit Sowjetrußland, um dann besonders die freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen mit Deutschland Ende 1933 und Anfang 1934 darzulegen. Man könne sich daher nicht wundern, daß die öffentliche Meinung Polens lebhaft überrascht sei, daß man nun dringend neue Mittel zur Befriedung Osteuropas verlange in einem Augenblick, wo die Festigung der Beziehungen zwischen Polen und zwei großen Nachbarn in so wirksamer Weise durchgeführt worden sei. Er könne nicht verheimlichen, daß diese Tatsache in der öffentlichen Meinung Polens starken Verdacht erregt habe, und daß man sich frage, ob nicht gewisse ins Auge gefasste Verträge — wenn auch nicht hinsichtlich ihrer Absicht, so doch hinsichtlich ihrer möglichen Wirkungen — den Frieden beeinträchtigen können, der durch eine aufrichtige und loyale politische Anstrengung hergestellt worden sei. Man habe die Sorge, daß neue Abkommen das Nichtangriffssystem an der polnischen Ostgrenze verwässern könnten oder auch die guten nachbarlichen Beziehungen mit dem Nachbarn Polens in Frage stellen könnten. Die polnische Regierung betrachte diese beiden Tatsachen als besonders wichtig und entscheidend. Aus diesem Grunde könne sie die Prüfung irgendeines neuen Vorschlages nur dann ins Auge fassen, wenn sie die Ueberzeugung gewonnen habe, daß er keine sehr schwerwiegenden Nachteile im Gefolge habe, weder hinsichtlich der Lebensinteressen Polens noch hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Friedens in Nordosteuropa.

Bedenken Spaniens und Dänemarks

Der tschechoslowakische Außenminister Beneš schloß sich der Erklärung der drei Großmächte an. Der Vertreter Spaniens Madariaga zweifelte, daß der vorliegende

Entwurf, nach genau acht Jahren, ist dies alles vergessen, und Deutschland soll verurteilt werden, von denen, die selber einen Urteilspruch zu fürchten hätten. Wir sind der Ueberzeugung, daß Frankreich mit dieser neuen Aufgabe dem Völkerbund wahrhaftig keinen Dienst erwiesen hat.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichnet den Genfer Entwurf als Herausforderung. „Der Schuldige tritt als Richter auf. Wenn dieser Entwurf zum Beschluß erhoben wird, ist das angeblich erstrebte Weiterverhandeln über die Organisation des europäischen Friedens ins Ungemessene erschwert. Wir zweifeln nicht daran, daß das Deutsche Reich dem Völkerbund, wenn er diesen Vorschlägen beiträgt, eine Antwort erteilt, die nichts an Unbilligkeit zu wünschen übrig lassen wird.“

Die „Berliner Börsenzeitung“ spricht von einem „Dokument der Heuchelei“ und erklärt, der Ratsbeschlußentwurf sei in seinem ganzen Tonart, in seinem Versuch, zu diffamieren und zu brüskieren, für Deutschland so unerträglich, daß man den Verdacht hegen müsse, er sei mit Vorbedacht so redigiert, um einen Ausgleich mit Deutschland unmöglich zu machen.

Im „Berliner Lokalanzeiger“ heißt es: Wiederum soll eine neue Schuldfrage mit der feierlichen Phrasenmusik der großen Worte aus der Lawe gehoben werden, wiederum soll Deutschland der Schuldige sein. Die 16 langen Jahre, die hinter dem deutschen Volke liegen, sind uns eingedrungen wie ein einziges Unrecht. Darum wehren wir uns leidenschaftlich gegen jede neue Frage, die uns moralisch treffen will, darum verweigern wir den Mächten, die ihre Schuld immer wieder hinter neuen Anklagen zu verhehlen suchen, das Recht, noch einmal als Ankläger und als Richter in einer Person aufzutreten.

Die „Germania“ überschreibt ihre Stellungnahme mit den Worten „Der Wolf im Schafspelz“.

Das „Berliner Tageblatt“ betont, daß das Verfahren, das jetzt in Genf gegen Deutschland in Gang gebracht werden solle, mit der Achtung nicht vereinbar sei, die selbständige große Staaten einander schuldeten.

Legt unverändert angenommen würde. Er richtete an den Ratspräsidenten die Anfrage, was mit etwaigen Abänderungsvorschlägen der Ratsmitglieder geschehen würde. Der türkische Ratspräsident Rüşü Er a s konnte den einzelnen Ratsmitgliedern nicht das Recht absprechen, Abänderungsvorschläge einzureichen. Der dänische Außenminister M u n c h erklärte, daß er mit einigen Punkten der Entschließung völlig einverstanden sei, gegen andere jedoch schwere Zweifel hege.

Die Verhandlungen wurden auf Mittwoch vormittag vertagt.

Weil wir den Krieg kennen

Der Reichsverband Deutscher Offiziere an den Führer.

Der Reichsverband Deutscher Offiziere in Berlin widmet dem Führer und Reichstanzler zu seinem Geburtstag am 20. April 1935 folgenden Glückwunsch: „Dem Reichstanzler und Führer senden wir in diesem Jahre unsere Geburtstagsglückwünsche in besonders herzlichster Dankbarkeit für seine mutige Tat vom 16. März d. J. Mit dem Führer erblicken auch wir alten Offiziere in der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht eine Tat des Friedens. Nur wenn das Band im Herzen Europas nicht mehr wehrlos jedem imperialistischen Feinde offen steht, sondern alle Welt weiß, daß wir uns zu wehren gewillt und imstande sind, kann der von allen gewissenhaften Politikern ersehnte Weltfrieden erhalten bleiben.“

Gerade wie allen Offiziere, die den Krieg kennen, können keine Wiederholung nicht wünschen, sondern in seinen riefenhaften Zerwürfen nur den Anfang der Volksewigkeit der ganzen Welt, auch der etwaigen künftigen Siegerstaaten, fürchten. Deshalb müssen auch wir Deutschen ebenso wie alle anderen Völker, auch die Kleinsten, in der Lage sein, unsere Wirtschaft und unsere Kultur zu schützen. Nur so kann unser Volk auch sein altes hohes Ehr- und Sittlichkeitsgefühl voll wiedergewinnen, das in einem unterjochten Volke untergraben wird.

Außerdem ist neben dem Arbeitsdienst die allgemeine Wehrpflicht für die Erziehung unseres Volkes zu nationalsozialistischer und opferbereiter Gesinnung einfach nicht zu entbehren. Deshalb Dank und Siegel dem Führer zu seinem Geburtstag. Gott schenke seinem hohen Willen seinen Segen und vollen Erfolg. gez. Graf von der Goltz, Generalmajor a. D. und Verbandsführer des R.D.O.“

100 Jahre deutsche Eisenbahnen

Die Reichsbahn-Ausstellung Nürnberg 1935.

Berlin, 17. April. Anlässlich des 100jährigen Bestehens der deutschen Eisenbahnen veranstaltet die Deutsche Reichsbahn in Nürnberg, dem Geburtsort der deutschen Eisenbahnen, in der Zeit von Mitte Juli bis Anfang September eine Ausstellung, die den Besuchern den gegenwärtigen Stand der Deutschen Reichsbahn auf allen Gebieten nach einer 100jährigen Entwicklung zeigen soll. Sie wird in feierlicher Weise am 14. Juli mit einer großen Kundgebung eröffnet werden. In der neu erbauten großen Amladehalle, die sich in unmittelbarer Nähe des Parteigeländes befindet und die später dem Güterverkehr dienen wird, soll eine Fahrzeugschau neben den Einheitsbauarten der Reichsbahn die modernsten Lokomotiven, Triebwagen, Personen-, Güter- und Lastkraftwagen zeigen. In einer reichhaltigen Innenausstellung werden die gewaltigen Fortschritte der Deutschen Reichsbahn, der technische Fortschritt, die Fürsorge für den deutschen Eisenbahner, die Zusammenarbeit mit anderen Verkehrsmitteln, ihre Bedeutung für das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft und ihre Stellung im nationalsozialistischen Staat durch Bilder und Zeichnungen zur Darstellung gebracht. Im Freigelände wird sich eine Ausstellung des Sicherungswesens, der Oberbauformen und Oberbaugeräte sowie des Culemperischen Fahrzeuges anschließen.

Einen besonderen Anziehungspunkt wird die Vorführung des getreu nachgebildeten ersten Ludwig-Eisenbahnzuges bilden, der auf einer hierfür angelegten Bahnstrecke verkehren wird.

Außerdem soll auch eine der neuesten Lokomotiven im Betrieb und weiter die Wirkungsweise der optischen und in-

duktiven Zugbeeinflussung den Besuchern vorgeführt werden. Eine Ergänzung dieser neuzeitlichen Schau bildet die Ausstellung im Nürnberger Verkehrsmuseum, das der geschichtlichen Entwicklung des Eisenbahnwesens gewidmet ist und dessen Sammlungen für das Jubeljahr völlig neu bearbeitet und wesentlich erweitert wurden.

Merlei Neuigkeiten

Vor der Fertigstellung der Redarkanalisation. Wie die Direktion der Redar A.-G. mitteilt, ist damit zu rechnen, daß die Arbeiten an den drei noch im Bau befindlichen Staufen Guttendach, Redarjimmern und Gundersheim im Juni zu Ende geführt werden können, falls nicht noch weitere größere Frühjahrshochwasser Störungen bringen. Damit wird dann die Redarkanalisation so weit fertiggestellt sein, daß vom Juli 1935 ab Schiffe bis zu 1200 Tonnen Ladefähigkeit auf dem Redar von Mannheim bis nach Heilbronn durchgehend fahren können.

„Graf Zeppelin“ in Friedrichshafen gelandet. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist von seiner ersten Südamerika-Fahrt unter Führung von Kapitän Schiller nach Friedrichshafen zurückgekehrt und 9.22 Uhr auf dem Westgelände bei leichtem Nebel glatt gelandet. An der Fahrt haben 21 Passagiere teilgenommen. Die Strecke von Gibraltar nach Friedrichshafen wurde in 14 Stunden zurückgelegt.

Die Kinderlosigkeit in Oesterreich. Im österreichischen Verwaltungsblatt steht der Vorstand des Bundesamtes für Statistik, Universitätsprofessor Dr. Winkler, seine Betrachtungen über das Ergebnis der Volkszählung 1934 fort und stellt fest, daß ein Viertel der Ehen in Oesterreich kinderlos ist. Ein zweites Viertel hat nur ein Kind, ein Fünftel hat zwei Kinder, ein Zehntel drei Kinder. Nur etwa ein Sechstel der Ehen haben vier oder mehr Kinder, sind also kinderreiche Ehen.

Fünf Bauernhöfe eingekesselt. In der Ortschaft Lasberg in Oberösterreich vernichtete ein Großfeuer fünf Bauernhöfe. Der Schaden ist außerordentlich groß.

Die Schnellzugkatastrophe bei Marzkepritz hat noch ein viertes Todesopfer gefordert. In einem der zertrümmerten Wagen wurde die bis zur Unkenntlichkeit verstümmelte Leiche einer Wagenschaffnerin gefunden.

Sturmverheerungen in Kalkutta. Ein Sturm erreichte über Kalkutta eine Geschwindigkeit bis zu 115 Stundenkilometern. Umstürzende Häuser zerrissen die Oberleitungen der Straßenbahn, wodurch der Verkehr stillgelegt wurde. Ein Schaffner wurde durch einen elektrischen Schlag getötet. Der Telephon- und Telegraphenverkehr von Kalkutta nach Madras und Rangoon ist gestört. Die Stromversorgung in Südkalkutta ist unterbrochen.

Rundfunk-Prozess

Die Plädoyers der Verteidiger.

Am großen Rundfunkprozess beendete der Wirtschafts- fachverständige, Direktor Jessen, sein Gutachten über die Frage, wie weit die von den Angeklagten gezahlten oder bewilligten Sondervergütungen an einzelne Angestellte und Vorstandsmitglieder für einen ordentlichen Kaufmann vertretbar seien. Der Sachverständige erklärte zum Kölner Angelegenheitsfall, die an L. o. r. m. in gezahlte Sondervergütung von 12 000 Mark lasse sich kaufmännisch vertreten angesichts der hohen Bezüge, die den Vorstandsmitgliedern und leitenden Angestellten gezahlt wurden. Dann äußerte sich der Sachverständige dazu, daß die Leipziger Sendegesellschaft dem fristlos entlassenen Angestellten Blitt e trotz dieser fristlosen Entlassung das Gehalt bis zum Ende des Jahres fortgezahlt hat, um auf diese Weise der angeordneten Klage des Witte aus dem Wege zu gehen. Hierzu erklärte Direktor Jessen, es sei bei großen Unternehmungen leider oft notwendig, Opfer zu bringen, um im Interesse der Gesellschaft unangenehme und langwierige Prozesse aus dem Wege zu gehen. Solche Opfer würden auch dann gebracht, wenn mit einem günstigen Ausgang eines solchen Prozesses für die Gesellschaft zu rechnen sei. Bei jedem Prozeß würden die Interessen eines Unternehmens mehr geschädigt als durch die Zahlung einer Abstandssumme. In diesen Dingen stehen sich überhaupt keine strengen Normen gegen, sondern das kaufmännische Gefühl müsse entscheidend sein.

Freiprechung Dr. Bredows beantragt

Nach den Sachverständigen begannen die Plädoyers der Verteidiger. Zunächst sprach der Verteidiger des Angeklagten Dr. Bredow. Er suchte nachzuweisen, daß Dr. Bredow aus objektiven und subjektiven Gründen freigesprochen werden müsse. Zunächst sei überhaupt nicht erwiesen, daß dem Rundfunk durch die Handlungen des damaligen Rundfunk-Kommissars Dr. Bredow irgendein Schaden entstanden sei. Die Verteidigung stehe vielmehr auf dem Standpunkt, daß die Tätigkeit des Angeklagten hauptsächlich zu dem Wohlwollen des deutschen Rundfunks beigetragen habe. Selbst wenn das Gericht aber annehmen sollte, daß durch die Maßnahmen Bredow so eine Schädigung des Rundfunks eingetreten sei, so könnte eine Verurteilung wegen Untreue doch nicht erfolgen, denn maßgebend sei der Wille des Täters. Darüber aber könne kein Zweifel bestehen, daß Dr. Bredow, der den deutschen Rundfunk als sein Lebenswerk betrachtete, bei allen seinen Handlungen von dem Bestreben geleitet war, dem Rundfunk zu nützen. Bredow müsse also freigesprochen werden.

Der Rod des Langers und seidene Strümpfe

Die Technik schreitet fort. Vor zwanzig Jahren trug der Langer manchmal einen Rod aus Wesselfstoff. Man bilde sich aber nun ja nicht ein, daß die moderne Stapelfaser oder Kunstfaser auch nur das geringste mit Erbsenstroh zu tun hätte.

Wie peinlich eine solche Verwechslung von Erbsenstroh und modernen Kunstfasern sein kann, das kann jeder selbst ausprobieren; er braucht nur einmal einer schönen Frau in einem wunderbaren Kleid gegenüber zu behaupten, es sei aus Erbsenstroh hergestellt, oder der eigenen Ehefrau ein Paar seidene Strümpfe auf den Geburtstagsabend zu legen mit der Erklärung: „Hier habe ich Dir einige Erbsenstroh-Strümpfe als Geburtstags-geschenk mitgebracht“. Die langen Gesichter werden ihn ohne weiteres belehren, daß das Wort Erbsenstroh einer längst vergangenen Zeit angehört und daß Kunstseide, Stapel-

Auswirkungen der deutschen Arierergesetzgebung

FR Immer noch und immer wieder wird im In- und Ausland der Öffentlichkeit glauben zu machen versucht, daß es den in Deutschland zurückgebliebenen Juden schlecht gehe, und daß sie unausgesetzt Verfolgungen zu erdulden hätten. Daran schließt sich dann regelmäßig ein Aufruf an das menschliche Mitgefühl, die armen und gebedeten Emigranten recht kaskräftig zu unterstützen. Wenn man aber den Dingen auf den Grund geht, stellt sich die Sachlage durchaus anders dar. Schon rein zahlenmäßig läßt sich das nachweisen. Nach der letzten Volkszählung, die fünf Monate nach der Machtergreifung durch die nationalsozialistische Bewegung stattfand, ergab sich, daß der jüdische Bevölkerungsanteil von 564 379 auf 499 682, d. h. um 64 697 Personen oder um 11,5 vom Hundert zurückgegangen war. Er beträgt demnach statt 0,9 v. H. zur Zeit nur noch 0,8 v. H.; es muß aber betont werden, daß hiermit nur die Glaubensjuden, d. h. nur alle diejenigen Juden erfasst wurden, die sich zur Zeit der Zählung noch zum mosaischen Glauben bekannten, nicht aber diejenigen, die aus irgendwelchen Gründen zu einem anderen Bekenntnis übergetreten waren oder, obgleich sie zur jüdischen Weltgemeinschaft gehörten, sich als konfessionslos bezeichnet hatten und demgemäß als Dissidenten geführt wurden.

Bei diesem zahlenmäßigen Rückgang des Judentums ist zu berücksichtigen, daß nur ungefähr 40 000 auf die Abwanderung entfallen, da durch den immer mehr in Erscheinung tretenden Geburtenrückgang ein Ueberwiegen der Sterbefälle über die Geburten um etwa 20 000 während der letzten Zählperiode zwischen 1925—1933 eingetreten ist. Aus diesen Angaben ergibt sich, daß noch nicht einmal jeder zehnte Jude das Reich verlassen hat und daß es demnach allen übrigen, die es vorgezogen haben, in Deutschland zu bleiben und ihrem Erwerb wie vorher nachzugehen, wirklich nicht so schlecht gehen kann, wie man es immer wieder darzustellen versucht.

Daß bei der amtlichen Statistik ihrer Fragestellung gemäß nur die Juden erfasst wurden, die sich noch zum mosaischen Glauben bekannten, dürfte auf die Schlussfolgerung keinen Einfluß haben; denn es ist kein Grund vorhanden, weshalb bei den Juden, die vor ein oder zwei Generationen ihren Glauben aus Zwemöglichkeitensgründen gewechselt haben, die Verhältnisse anders liegen sollten. Dieses wird auch deutlich, wenn man die Auswirkungen der deutschen Arierergesetzgebung für einzelne Berufsstände betrachtet, die ihre Erhebungen nicht auf die Angabe des Glaubensbekenntnisses allein, sondern auch auf die der Rassenzugehörigkeit angelegt haben.

Vor der Nachzählung gab es in Deutschland bei einer Gesamtzahl von 50 000 Ärzten 6488, d. h. 13 v. H. jüdische Ärzte, fast die Hälfte dieser jüdischen Ärzte war in Berlin tätig. Im Laufe des Jahres 1933 sind hiervon nur 578 Juden ausgewandert, d. h. noch keine 10 v. H., ein Ergebnis, das sich mit dem oben für die Bekennnisjudenschaft ermittelten völlig deckt und zeigt, wie wenig von einer brutalen Ausweisungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands die Rede sein kann.

Wie stellen sich nun die Lebensverhältnisse der zurückgebliebenen jüdischen Ärzte? Diese Frage ist für alle, die sich um eine sachliche Würdigung der deutschen Arierergesetzgebung bemühen, von größtem Interesse. Da die meisten Ärzte heute noch in ihrer Praxis auf die Kassenmitglieder angewiesen sind, besonders auch

weil sich der größte Teil des Volkes in irgendeiner Pflichtrankenliste befindet, zieht man zur Beantwortung dieser Frage zweckmäßigerweise die Verteilungsziffer bei den Krankenkassen heran. Von der Gesamtzahl der jüdischen Ärzte waren vor der Machtergreifung 5308 oder 82 v. H. zur Kassenpraxis zugelassen. Nach Ausschluß von 1687 nichtarischen Ärzten sind heute nach Anwendung der Arierergesetzgebung immer noch 3641 als Kassenärzte zugelassen und gehen ungehindert ihrem Beruf nach. Auf die Gesamtzahl der in Deutschland verbliebenen jüdischen Ärzte (5910) umgerechnet, beträgt demnach der Anteil der Kassenärzte 60 v. H. Da nun aber von der gesamten deutschen Ärzteschaft (50 000) auch nur etwa 32 000, also 64 v. H., zur Kassenpraxis zugelassen sind, bedeutet die Verringerung des jüdischen Anteils von 82 auf 60 v. H., also auf etwa den gleichen Hundertsatz, mit dem die deutschen Ärzte an der Kassenpraxis beteiligt sind, daß lediglich die Lebensbedingungen der deutschen Ärzte denen der jüdischen Ärzte angeglichen sind. Hierin kann keine wirtschaftliche Schädigung der Juden erblickt werden, sondern nur eine gerechte Maßnahme des auf sein Selbstbestimmungsrecht bestehenden deutschen Volkes, das es fass hat, sich kulturell, politisch und wirtschaftlich von andersartigen und fremdrassigen Menschen abgrenzen zu lassen. Gegenüber der Tatsache, daß heute noch in Berlin 43 v. H., in Breslau 40 v. H., in Frankfurt a. M. 39 v. H., in Hamburg 29 v. H., in Königsberg 1. Pr. 27 v. H., in Mannheim 25 v. H. jüdische Kassenärzte bei einem jüdischen Gesamtbevölkerungsanteil von weniger als 1 v. H. tätig sind, wird jeder Unvoreingenommene zugedenken müssen, daß der deutsche Staat mit der größtmöglichen Rücksicht vorgegangen ist.

In ähnlicher Weise ist die Regelung bei den Juristen getroffen worden. Bei den Rechtsanwältinnen in der Anwaltschaft in Preußen ging der jüdische Anteil von 28,5 v. H. auf 17,0 v. H. herunter, also auch ein Ergebnis, das im Zug der deutschen Judenpolitik mehr als human gelten darf. Wie weiß Deutschland von einem Rassenkampf entfernt ist, kommt auch deutlich in den Worten des Reichsministers des Innern Dr. Frick zum Ausdruck:

„... wir haben die nichtarischen Beamten nicht einfach ausgeschlossen, sondern sie in Ehren und Versorgungszwecken pensioniert. Befehlsmäßiger und mitder konnte der völkische Staat nicht vorgehen. Daß Deutschland nicht das Judentum wahllos treffen, sondern nur seine Auswüchse beseitigen wollte, geht schon daraus hervor, daß das Gesetz vom 7. April 1933 alle die nichtarischen Beamten unberührt ließ, die schon vor dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind, und daß ebenso das Gebiet der freien Wirtschaft hiervon unberührt geblieben ist. Wenn ferner über zu weite Ausdehnung des Arierparagrafen insofern geklagt wird, als auch Hand- und Fuhrwerker erfasst werden, so ist darauf zu erwidern, daß die Ueberfremdung im Beamtenkörper, bei Rechtsanwälten, Kassenärzten usw. einen so gefährlichen Umfang angenommen hatte, daß dadurch vielfach dem jungen Deutschen der Zutritt in diese Berufe so gut wie unmöglich war.“

Es ist also nichts mit der Zwecklage von den „brutalen Verfolgungen“, die Deutschland angeblich gegen die Juden eingeleitet hat. Deutschland ist bei der notwendigen Säuberung, seines öffentlichen Lebens vom fremden Einfluß mehr als schonend vorgegangen — das muß jeder zugedenken, der die Dinge wirklich sachlich prüft.

laser- und Kunstfaser heute wie schon seit Jahren in der Textil- und Kunstfaser verwandt worden sind und ebenbürtig an die Seite der edelsten Stoffe treten können.

Sterben die Millionäre aus? Die Anhäufung von Reichtümern in den Händen weniger scheint immer seltener zu werden, wie Mitteilungen aus verschiedenen Ländern bezeugen. Das bestätigen auch die Ergebnisse des soeben veröffentlichten Jahresberichtes des Kommissars für das Inlandseinkommen in England, die mit Ende März 1934 abschließen. Danach ist die Zahl der Personen mit einem Jahreserwerb von 2000 Pfund und mehr von 108 500 im Erhebungsjahr 1929/30 auf 84 000 im Jahre 1932/33 gefallen. Die Reihe der Menschen, die nach ihren Einkommensverhältnissen als Millionäre bezeichnet werden können, ist für England von 534 im Jahre 1931/32 auf 452 im Jahre 1932/33, also um 82, zusammengeschrumpft. Es scheint also selbst für die Sterblichen unter den Menschen, auf die sich neidvoll die Blicke Unzufriedener richten, eine härtere Zeit anzubrechen, und auch die Millionen können mindestens ebenso leicht zerfallen, wie sie vielleicht gewonnen wurden.

Banken. Kein Mord. Wie die Kriminalabteilung mitteilt, beging der Arbeiter Kurt Bergel, der am 10. April an der Stadtgrenze mit einem Leihgeschuh in der linken Schläfe tot aufgefunden worden war, Selbstmord. Der im Zusammenhang mit dem Tod Bergels festgenommene 26 Jahre alte Richard Biele von hier wurde auf freien Fuß gesetzt.

Zittau. Fünf über einen. Auf der Herrenwalder Straße in Waltersdorf wurde nachts ein Einwohner aus Niederlichtenwalde von fünf unbekanntem Männern überfallen. Er hatte mit seiner Schwägerin, einer Händlerin, einen kleinen Handwagen mit Waren nach Barnsdorf gebracht und besand sich auf dem Heimweg. Während es der Frau gelang, mit ihrem Geld zu entkommen, wurde der Schwager überfallen und schwer verletzt. Die Täter sind unentdeckt entkommen. Es steht noch nicht fest, ob ein Raubakt oder ein planmäßiger Raubüberfall vorliegt.

Sport und Spiel

Ausreibung für den Frühjahrswaldlauf des Unterkreises Weiskirchen der D.L.

am 5. Mai 1935 in Tharandt.

Der Unterkreis Weiskirchen der D.L. führt am 5. Mai 1935 in Tharandt einen Frühjahrswaldlauf durch.

- Wettbewerbe:**
- 5600 Meter Männer, Jahrg. 1903/16.
 - 5000 Meter Männer, Jahrg. 1901/02.
 - 3000 Meter Männer, Jahrg. 1898/1900.
 - 3000 Meter Jugend, Jahrg. 1917/18.
 - 3000 Meter Jugend, Jahrg. 1919/21.
 - 2000 Meter Männer, Jahrg. 1897 und früher.
- Gesamtleitung:** Unterkreisvorsitzmann Alfred Schiebel, Dippoldswalde, Am Bahnhof.

Wettbewerbsbestimmungen: Die Läufe werden nach den Bestimmungen und unter Aufsicht des Sachamtes III, des R. f. L. durchgeführt.

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder der Vereine des Reichsbundes für Leibesübungen im Unterkreis Weiskirchen. **Werbung:** Alle Wettbewerbe werden als Einzel- und Mannschaftskampf durchgeführt. Eine Mannschaft = 4 Mann.

Die Mannschaften müssen vor Beginn namentlich gemeldet werden.

Zeitfolge:
9.00 Uhr Startnummernausgabe,
9.45 Uhr Stellen und Abmarsch vom Stadtbah Tharandt,
11.30 Uhr Siegereverenz im Stadtbah.

Umkleibelegenheit: Im Stadtbah Tharandt.

Auszeichnungen: Eichenkranz und Sträußchen. Die ersten Sieger Urkunde.

Meldungen: Bis 27. April mit Kenngeld an Alfred Schiebel, Dippoldswalde, Am Bahnhof. Nachmeldungen mit doppeltem Kenngeld bis 3. Mai.

Kenngeld:
Erwachsene: Einzellaufer M. 0.30; Mannschaftsläufer M. 0.40. Jugend: Einzellaufer M. 0.20; Mannschaftsläufer M. 0.30.

Letzte Nachrichten

Max Braun vom Vorsitzenden der Saarabstimmungskommission Rohde als Lügner gebrandmarkt

Stockholm, 16. April. Der Vorsitzende der Saarabstimmungskommission, Landeshauptmann Rohde, sah sich veranlaßt, die von Max Braun in einigen schwedischen Blättern ausgestreuten Lügen über das Abstimmungsergebnis in einer Presseerklärung als „reine Phantasie“ zu brandmarken und mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Max Braun, der sich seit einigen Tagen „in rein privater Natur“ hier aufhält, um „unpolitische Vorträge“ zu halten, hat sich unter anderem zu den ungläubigsten Behauptungen und Verdächtigungen gegen die Abstimmungskommission verfliegen. In seinen wüsten Eigenphantasien, die Blätter wie „Sozialdemokraten“ und „Dagens Nyheter“ abdruckten, behauptete Max Braun, das Abstimmungsergebnis an der Saar sei von den Nationalsozialisten gefälscht worden. Sie hätten während der Ueberführung nach der Wartburg die richtigen Wahlurnen beseitigt und an deren Stelle andere mit gefälschten Stimmzetteln gesetzt.

Landeshauptmann Rohde gibt nun in seiner Erklärung eine eingehende Darstellung aller Maßnahmen, die er als Vorsitzender der Kommission zur Sicherung der Ordnung und des Abstimmungsgeheimnisses getroffen, überprüft und überwacht habe. Alle Behauptungen von Max Braun bezeichnet er in höflicher Zurückhaltung als „reine Phantasien“. Jegliche Verfälschung des Abstimmungsergebnisses sei „vollständig ausgeschlossen“ gewesen. Die Kontrolle sei von „peinlichster Genauigkeit“ und die Kellerräume der Wartburg militärisch bewacht gewesen.

Ein Schritt der Gesandten Frankreichs und Englands in Belgrad

Paris, 16. April. Die Agentur Information berichtet aus Belgrad, daß die Gesandten Frankreichs und Englands am Montagabend den südslavischen Außenminister Jelitich aufgesucht hätten, um seine besondere Aufmerksamkeit auf Artikel 6 der Strejaer Verlautbarungen zu lenken, der sich mit der möglichen Revision der Verträge von St. Germain, Trianon und Neuilly befaßt. Die beiden Gesandten hätten der südslavischen Regierung geraten, regionale Pakte abzuschließen, und darauf hingewiesen, daß im Rahmen solcher Pakte die Aufrüstung Oesterreichs und Bulgariens durchgeführt werden könnte, ohne daß die südslavischen Interessen dadurch in Mitleidenschaft gezogen würden.

Furchtbare Bluttat

In Wiegshiel im Kreise Cofel drang der 35 Jahre alte frühere Gasthauswirts Franz Nognit in die Wohnung des gegenwärtigen Pächters Alfons Malerczyk ein und löstet diesen durch zwei Schüsse tötete. Dann richtete Nognit die Waffe gegen die Frau des Malerczyk, die ebenfalls mit einem Schuss schwer verletzt wurde. Der Mörder lief dann in die in unmittelbarer Nähe gelegene Gastwirtschaft des Urban Malerczyk. Nognit gab auf diesen ebenfalls zwei Schüsse ab, von denen einer den Ueberfallenen in den Oberschenkel traf. Schließlich richtete der Mörder die Waffe gegen sich selbst und löstete sich durch einen Selbstschuß. Die Ermittlungen über das Motiv sind noch nicht abgeschlossen. Man vermutet jedoch, daß es sich um einen Racheakt handelt.

184 Verlesener Opfer der Haiische

Tokio, 17. April. An der Westküste Australiens westlich von Broom getrieben Verlesener in einen schweren Sturm. Die Boote der Fischer kenterten, und die Insassen fürzten ins Meer. 184 Verlesener, unter ihnen 61 Japaner, ertranken oder fielen den Haiischen zum Opfer.

Explosionstatastrophe — Hundert Verletzte

In Helenwood im Staat Tennessee in Nordamerika breitete sich ein Brand, der in einem Wohnhaus ausgebrochen war, auf einen Logenschuppen aus, in dem zwanzig Kisten mit Dynamit und zweihundert Kisten mit Schießpulver aufgespeichert waren. Die gesamten Sprengstoffvorräte explodierten. Außer der Bahnhalle wurden 36 Gebäude zerstört bzw. schwer beschädigt. Hundert Menschen wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Zweihundert Personen sind obdachlos geworden.

Grubenunglück in Korea

Tokio, 17. April. In einem Bergwerk in Japan in Korea ereignete sich ein schweres Grubenunglück. 29 koreanische Bergarbeiter fanden den Tod. 10 Mann der Belegschaft konnten gerettet werden.

Zum achten Mal beschlußunfähig

Der meiländische Landtag war für Dienstag durch seinen Alterspräsidenten Hilpert wieder zu einer Sitzung einberufen worden, um die Wahl des Landtagspräsidenten und des Präsidiums vorzunehmen. Die Sitzung nahm denselben Verlauf wie schon siebenmal vorher seit Juli 1934.

Von den zugelassenen 24 Abgeordneten waren nur 18 erschienen. Die fünf Abgeordneten der litauischen Fraktion sabotierten, wie üblich, auch diesmal den Landtag, so daß die Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit nicht stattfinden konnte. Der Alterspräsident stellte die mangelnde Beschlußfähigkeit des Landtages fest.

Zur Rede des polnischen Außenministers Beck

Genf, 16. April. Von unterrichteter polnischer Seite wird zu der Rede des polnischen Außenministers Beck erklärt, daß Polen zunächst Wert darauf gelegt habe, seine Auffassung zur allgemeinen Lage vor dem Völkerbundrat klarzustellen. Polen sei der Meinung, daß die vom Rat etwa zu fassenden Entschlüsse doch kaum praktische Bedeutung gewinnen würden, und daß insofern hier wenig herauskommen würde. Deshalb habe es größeren Wert darauf gelegt, sich zunächst zur allgemeinen Lage, besonders in Osteuropa, zu äußern, als zu dem Vorschlag der drei Mächte in einzelnen Stellung zu nehmen. Ueber die Haltung des polnischen Vertreters bei einer Abstimmung über den Entschlußentwurf wurde von polnischer Seite noch nichts gesagt.

nen Lage vor dem Völkerbundrat klarzustellen. Polen sei der Meinung, daß die vom Rat etwa zu fassenden Entschlüsse doch kaum praktische Bedeutung gewinnen würden, und daß insofern hier wenig herauskommen würde. Deshalb habe es größeren Wert darauf gelegt, sich zunächst zur allgemeinen Lage, besonders in Osteuropa, zu äußern, als zu dem Vorschlag der drei Mächte in einzelnen Stellung zu nehmen. Ueber die Haltung des polnischen Vertreters bei einer Abstimmung über den Entschlußentwurf wurde von polnischer Seite noch nichts gesagt.

MacDonalds Erklärung über Streja für Mittwoch erwartet

London, 16. April. In den Wandlungen des Parlaments wird erwartet, daß Ministerpräsident MacDonald am Mittwoch nach Schluß der Fragezeit im Unterhaus eine Erklärung über die Konferenz von Streja abgeben wird. Man hält es jetzt allgemein für sicher, daß am Donnerstag auf Grund des Vertagungsantrages für die Osterferien eine kurze Aussprache über die in Streja stattgefundenen Erörterungen erfolgen wird. Die Arbeiteropposition beabsichtigt, eine solche Aussprache einzuleiten. Man erwartet auch, daß die Wehrfrage unter besonderer Berücksichtigung der Luftstärke von einigen konservativen Mitgliedern aufgeworfen werden wird.

Eine Erklärung des norwegischen Außenministers zur Haltung der nordischen Staatengruppe in Genf

Kopenhagen, 16. April. Wie „Berlingske Tidende“ aus Oslo berichtet, ist der norwegische Außenminister, Professor Kohf, im Zusammenhang mit Mitteilungen, wonach sich der dänische Außenminister Munch im Völkerbundrat weigern würde, für eine Entschlieung zu stimmen, die unter anderem eine Verurteilung der Aufrüstung Deutschlands enthalte, gestagt worden, ob Dr. Munchs Haltung in diesem Punkt mit dem norwegischen und schwedischen Standpunkt übereinstimme. Darauf hat Minister Kohf geantwortet: „Ich kann nicht garantieren, daß die Mitteilungen über Munchs Stellungnahme authentisch sind. Daß Dr. Munch aber in Genf in Übereinstimmung mit dem und auf der Grundlage dessen handelt, was auf der Außenministerkonferenz in Kopenhagen erörtert worden ist, ist ganz klar. Man kann daher davon ausgehen, daß er bei seinem Vorgehen sowohl Norwegen wie Schweden hinter sich hat.“

Die französische Militärmedaille für den unbekanntem Soldaten Italiens

Paris, 16. April. Die französische Regierung beabsichtigt, eine neue symbolische Handlung gegenüber Italien zu vollziehen. Sie will dem italienischen unbekanntem Soldaten die französische Militärmedaille verleihen. Der französische Botschafter beim Quirinal dürfte diese Verleihung vornehmen, indem er die Medaille am Grabe des italienischen unbekanntem Soldaten niederlegen wird.

Kirchliche Nachrichten.

Gründonnerstag, den 18. April 1935.
Dippoldiswalde, 9 Uhr vormittags und abends 8 Uhr Abendmahlfeier: Müller.

Schmiedeberg, Abends 7 Uhr Abendmahlfeier.
Rippdorf, Nachm. 5 Uhr Abendmahlfeier.
Reichstädt, 9 Uhr Abendmahlgottesdienst, insbesondere für die Neukonfirmierten und deren Angehörige.
Seifersdorf, 9 Uhr Abendmahlgottesdienst, besonders für die Neukonfirmierten und deren Angehörige.
Höckendorf, 9 Uhr Abendmahlgottesdienst.
Oelsa, 9 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl, insbesondere für die Neukonfirmierten und ihre Angehörigen.
Hennersdorf, 9 Uhr Abendmahlgottesdienst.
Reinhardtsgrimma, 9 Uhr Abendmahlgottesdienst.
Schellerbau, 10 Uhr Beichte und Abendmahl.
Ruppendorf, 9 Uhr Abendmahlfeier.
Sabisdorf, 7/8 Uhr Beichte und Feier des heiligen Abendmahles: Pf. Gilbert, Schellerbau.
Kreitscha, 5 Uhr Ordination von Vikar Böhme, anssl. Feier des heiligen Abendmahls für Konfirmanten und deren Eltern.
Poffendorf, 9 Uhr Beichtvorbereitung für die Knaben, 3 Uhr für die Mädchen.

Karfreitag, den 19. April 1935.

Kollekte für das Sächsische Weissenhaus.
Dippoldiswalde, 8 Uhr Abendmahlfeier mit Chorgefang und Orgelspiel: Müller, 9 Uhr Predigtgottesdienst: Verl., 11 Uhr Abendmahlfeier im Wettinplatz: Verl., 2 Uhr Liturgischer Gottesdienst in der Nikolaikirche: Dehob.
Schmiedeberg, Abends 8 Uhr Predigtgottesdienst.
Rippdorf, 7/8 Uhr Predigtgottesdienst, anssl. Kindergottesdienst.
Reichstädt, 9 Uhr Predigtgottesdienst, anssl. Beichte und heiliges Abendmahl.
Schellerbau, 9/30 Uhr Predigtgottesdienst und Abendmahl.
Bärenburg, 4/30 Uhr Predigtgottesdienst und Abendmahl.
Reinhardtsgrimma, 9 Uhr Predigtgottesdienst mit anschließ. Abendmahlfeier; nachm. 3 Uhr Liturgische Karfreitagsfeier.
Hennersdorf, 4/5 Uhr Liturgischer Gottesdienst.
Schönfeld, 2 Uhr Liturgischer Gottesdienst, anssl. Feier des heiligen Abendmahles.
Oelsa, 9 Uhr Predigtgottesdienst, anssl. Beichte und heiliges Abendmahl, 3 Uhr Liturgischer Gottesdienst (Kirchenmusik: „Eilig sind, die da Leid tragen“ aus dem Requiem von Brahms).
Höckendorf, 9 Uhr Predigtgottesdienst, anssl. Beichte und heil. Abendmahl, 2 Uhr Liturgische Andacht.
Seifersdorf, 9 Uhr Predigtgottesdienst mit anssl. Abendmahlfeier, 3 Uhr Feier der Sterbestunde Jesu mit anschließendem Abendmahl.
Ruppendorf, 9 Uhr Predigtgottesdienst mit anschließendem Abendmahl.
Johnsbach, 9 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl für die Neukonfirmierten und deren Angehörige, 2 Uhr Liturgische Andacht, anschließend Feier des heiligen Abendmahles.
Sabisdorf, 9 Uhr Predigtgottesdienst.
Kreitscha, 9 Uhr Predigtgottesdienst, anssl. Abendmahl, 2 Uhr Benennungsfestgottesdienst, anssl. Abendmahl.
Poffendorf, 9 Uhr Predigtgottesdienst, anssl. Beichte und Abendmahl, 3 Uhr Predigtgottesdienst, anssl. Beichte u. Abendmahl.

Gemeinde unabhängig gefasster Christen.

Dippoldiswalde, Altenberger Str., bei Hamann, Karfreitag, abends 8 Uhr Liturgischer Gottesdienst: Pred. Majcher, Dresden.

Hauptkassierer: Felix Jehne, Dippoldiswalde, Stellvertreter: Hauptkassierer: Werner Kunkel, Altenberg, Verantwortlicher Anzeigekassierer: Felix Jehne, Dippoldiswalde, D. N. III 1935: 1213
Druck und Verlag: Carl Jehne, Dippoldiswalde.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Auf Antrag des Forstamts Wärenfels soll das nur 4 m breite alte Straßenstück von der Wahlmühle nach Hennersdorf bzw. Ammeltsdorf in Abteilung 36 in einer Länge von 355 m für den öffentlichen Verkehr eingezoogen werden.

Widersprüche sind innerhalb 3 Wochen, vom Tage des Erscheins der Bekanntmachung an gerechnet, bei dem unterzeichneten Amtshauptmann anzubringen.
Dippoldiswalde, am 15. April 1935. A II 1/Wärenfels.
Der Amtshauptmann.

Sämtliche Dienststellen beim Stadtrat Dippoldiswalde bleiben Sonnabend, den 20. d. M. geschlossen. Sparkasse und Stadtkasse sind lediglich für Barverkehr vormittags von 10-11 Uhr geöffnet, ebenso das Standesamt. Die Unterstellungen werden bereits Donnerstag, den 18. ds. Mts., in der Stadtkasse aufgezählt.
Dippoldiswalde, am 17. 4. 35. Der Bürgermeister.

Versteigerung.

Donnerstag, 18. April 1935, vormittags 10 Uhr, sollen im gerichtlichen Versteigerungsraume ein Schreibstisch mit Schreibstischstuhl (Eiche schwarz) ein Lederarmstuhl meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Dippoldiswalde.

Hafenschänke

Morgen früh ab 9 Uhr Weißfleisch, Bratwürste und Hackepeter, ab 4 Uhr frische Wurst

Violonkarden : C. Jehne

Gefest
Vor frohem Fest zum Bohnern Gefest

PHANOMEN
Das Markenrad seit 1888
PHANOMEN-WERKE
GUSTAV HILLER & ZITTAU
VERTRETUNG:
Otto Schmidt, Dippoldiswalde
Richard Bormann, Oelsa

Aufklärung.

In die Einwohnerschaft von Stadt und Land Der unterzeichnete Verband gestattet sich, der Bewohnererschaft folgende Aufklärung zu geben. In der gegenwärtigen Zeit sind wiederum häuslicher unterwegs, welche hauptsächlich Steinkohlenbriketts anbieten, auch verschiedlich Verläufe erreichten und dabei Preise erzielen, welche durchschnittlich 0,25 RM. per Zentner über den normalen Händlerpreisen liegen. Es darf also niemand glauben, auf solche Art vorteilhafter oder billiger kaufen zu können, denn es wird praktisch das Gegenteil festzustellen sein und außerdem hat der ortsanässige Kohlenplaghandel sicherlich ein berechtigtes Interesse, daß die Einwohnerschaft bei ihm am Orte im Hinblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse den Bedarf deckt. Im Winter bei schlechten Wegeverhältnissen und in Notfällen wird doch immer nur der bewährte und erprobte Kohlenhändler am Platze der Helfer sein.

Gleichzeitig wird die Rundschau gebeten, soweit es sich ermöglichen läßt, den Bedarf für den nächsten Winter innerhalb der Sommermonate zu beden, um im Interesse des Gemeinwohls beizutragen, daß die Bergarbeiter auch im Sommer Lohn und Brot nicht verlieren.
Vereinigung der Brennstoffhändler des oberen Weichseltales e. S. Dippoldiswalde

Am Ostersonnabend
schließt die Geschäftsstelle
einschl. Zeitungsausgabe
nachmittags 4 Uhr
Weißeritz-Zeitung

Morgen Donnerstag
Schlachtfest
Ab 9 Uhr Weißfleisch
Otto Böhm,
Kleine Marktstraße

Verdiedene Möbellücke
und echter Hausrat werden
Donnerstag, den 18. 4. 1935,
von 2 bis 4 Uhr, im Forstamt
Schmiedeberg fröhlich ver-
kauft

Anlässlich der Konfirmation unserer Tochter Wurga sind uns so zahlreiche Ehrungen entgegengebracht worden, daß wir nur auf diesem Wege von Herzen danken
Dippoldiswalde, Palmaram 1935

Oswin Rife und Frau

Georg Richter und Frau Marsha geb. Abmus

danken herzlichst für die zur Konfirmation ihres Sohnes **Horst** erwiesenen Aufmerksamkeit
Dippoldiswalde, Herrengasse 87, den 16. 4. 1935

Für die anlässlich der Konfirmation unserer Tochter Edeltraud so zahlreich entgegengebrachten Ehrungen danken wir von Herzen
Dippoldiswalde
Palmaram 1935
Familie Hans Schramm

Für die anlässlich meiner Konfirmation erwiesenen Aufmerksamkeit und Geschenke danke ich hierdurch aufs herzlichste
Niedertraudendorf, Palmaram 1935
Roland Loreck
nebst Angehörigen

Frischen Schellfisch
empfehl
Schlehters Fischhandlung

Gasthof Berreuth
Morgen Donnerstag
Schlachtfest
Knoblauchsaft
Drogen- und Photobaus
Serm. Wehner, Altenberger Str.

Wir halten stets vorrätig:
Doppelkopflisten
Skallisten
Serien-Skallisten
Buchdruckerei
Carl Jehne
Dippoldiswalde

DKW MOTOR RÄDER
sind schnell sparsam zuverlässig
RM 345.- - 1125.-
Karl Beyer
Dippoldiswalde, Altenberger Straße 102, Tel. 101

Kurze Notizen

Auf Grund einer Verfügung der Staatspolizei für den Regierungsbezirk Danabru ist der „Gau Bittfeld“ des Bundes katholischer Schüler an höheren Lehranstalten „Neu-Deutschland“ mit sofortiger Wirkung aufgelöst und ihm jede weitere Betätigung untersagt worden.

Die Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-rumänischen Clearingabkommens, die gegenwärtig in Butarest mit Vertretern der Reichsbank und der Reichsstelle für Devisenwirtschaft geführt werden, werden aus technischen Gründen über die Osterfeiertage unterbrochen und am 3. Mai wieder in Butarest aufgenommen werden.

Auf Grund des im vorigen Jahr erlassenen holländischen Gesetzes über das Verbot aufsehenerregender politischer Abzeichen ist unlängst in mehreren Prozessen entschieden worden, daß unter solche verbotenen Abzeichen auch rote Flaggen fallen. Die Amtsdamer Polizei hat angeordnet, daß künftig in öffentlichen Kundgebungen keine roten Flaggen mehr mitgeführt werden dürfen.

Auf Einladung der schwedischen Regierung wird sich der estnische Außenminister Seljamaa am 16. Mai zu einem offiziellen Besuch nach Stockholm begeben.

Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat mehrere Bevollmächtigte der Staatskontrollkommission ihrer Posten entlassen. Darunter befindet sich der Bevollmächtigte für Leningrad, Gorki. Die freigewordenen Stellen wurden mit neuen Vertrauensmännern besetzt.

29 Offiziere der jungen mandchurischen Streitkräfte bereisen augenblicklich Japan zum Zwecke militärischer Studien. Der Besuch ist für drei Wochen vorgesehen. Unter den Offizieren befinden sich sieben Generale.

Ein indische Polizeitruppe, die außerhalb des Dorfes Charapatkar lagerte, nachdem sie in der Umgebung des Banditentums verdächtige Personen gefangen genommen hatte, wurde von den Dorfbewohnern überfallen und entwandt. Im Zusammenhang hiermit wurden später 14 Personen verhaftet.

SA und Wehrmacht

Richtlinien des Chefs des Stabes, Luze

Magdeburg, 17. April.

Während seines Besuches bei der SA-Gruppe Mitte in Magdeburg machte der Chef des Stabes, Luze, in einer Unterredung grundlegende Ausführungen über die kommenden Aufgaben der SA. Der Stabschef erklärte u. a.:

Die SA wird in ihrer Grundidee und ihrer Existenz auch für die Zukunft durch das Wehrgesetz in keiner Weise ausgeschaltet. Es kann keine Rede von einem Verschwinden der SA sein, da ihre Aufgaben anderer Art sind als die des Heeres, und der Führer für alle Zeiten auf seine SA, als den geschulten und kämpferischen Glaubenssträger und Glaubensführer der nationalsozialistischen Weltanschauung entscheidenden Wert legt.

Um der SA diese ihre ursprüngliche Aufgabe zu ermöglichen, ist natürlich eine scharfe Durchscheidung in erster Linie bei allen Führerstellen Voraussetzung für den Weiterbestand. In etwa fünf bis sechs Monaten ist dieser Prozeß, der bewußt ohne Rücksicht auf das entstehende Zahlenverhältnis nur eine wirkliche Elite übrigläßt, im ganzen Reich durchgeführt.

Ich wünsche lieber eine kleine, aber geschulte, glaubensstarke und dem Führer fanatisch ergebene Truppe als eine SA, die durch Masse zu imponieren versucht. Die Ereignisse des 30. Juni und die seinerzeit von dem Verräter Röhm eingeschlagenen Wege haben klar bewiesen, daß der Geist und die Weltanschauung entscheidend sind und nicht irgendwelche Machtmittel. Mit Kanonen kann man wohl ein Volk schützen und erhalten, aufbauen kann man es nur mit einer gläubigen und kämpferischen Weltanschauung. Hierzu ist die SA eines der ersten Instrumente.

Das Führerkorps besteht heute zum allergrößten Teil schon nur noch aus Parteigenossen, und in Zukunft werden

In der SA überhaupt nur noch Parteigenossen zu finden sein.

Großer Soldatenbund

Diesem Volksgenossen, so fuhr der Stabschef fort, die nach Ableistung des Wehrdienstes die Tradition ihrer Militärzeit weiterpflegen wollen, ohne indessen nationalsozialistische Kämpfer zu sein, werden in einem großen Soldatenbunde zusammengefaßt werden. Es ist kein Zweifel, daß es in Zukunft in Deutschland aber nur noch einen großen Soldatenbund geben wird, der alle umfaßt, die im Heere gedient haben, und die nicht in einer Betätigung in der SA eine weitere, sich selbst gestellte Aufgabe sehen. Das Nebeneinanderbestehen von Organisationen gleicher Zielsetzung ist im nationalsozialistischen Staat eine Unmöglichkeit, wenn auch im Augenblick erst noch ein Uebergangsstadium durchschritten werden muß.

Vom Arbeitsdienst in die SA

SA-Gruppenführer Herzog und Bauarbeitsführer Arndt veröffentlichten, wie aus Breslau gemeldet wird, einen Aufruf, der sich an die am 1. April entlassenen Arbeitsdienstmänner wendet. Danach können Arbeitsdienstmänner, die am 1. April aus dem Arbeitsdienst ehrenvoll ausgeschieden sind, trotz der allgemeinen Aufnahmeperrre in die SA eintreten. Falls der Uebertritt nicht später als drei Wochen nach Ausscheiden aus dem Arbeitsdienst erfolgt, entfällt die Anwärterzeit. Arbeitsdienstmänner, die früher Angehörige der SA waren, werden mit dem alten Dienstgrad übernommen. Bester Termin für die am 1. April aus dem Arbeitsdienst Entlassenen ist der 20. April 1935.

Dein Geld belebt die Wirtschaft

Der erfreuliche Zuwachs von Arbeitsplätzen sowie die damit in engster Verbindung stehende Zunahme der gewerblichen Erzeugung legen die Frage nahe, wie denn dieser wirtschaftliche Aufschwung finanziert worden sei. Denn für jeden neuangestellten Volksgenossen muß der jeweilige Arbeitgeber erst einmal den Lohn verauslagten, und es vergeht einige Zeit, bis seine Beförderung bezahlt worden ist. Ebenso müssen die Rechnungen der Materiallieferanten meist früher bezahlt werden, als die Bezahlung der eigenen Rechnungen durch die Abnehmer und Kunden fällig geworden ist. Wirtschaftszuwachs bringt also allemal neuen Kreditbedarf mit sich.

Der vor einiger Zeit veröffentlichte Geschäftsbericht der Reichsbank hat gezeigt, wie weitgehend dieses Zentralinstitut Hilfsstellung bei der Befriedigung des neuen Kreditbedarfes geleistet hat. Es wäre aber eine ganz abwegige Annahme, wenn man aus diesem Tatbestand folgern würde, daß die großen privaten Kreditbanken der Wirtschaftsbekämpfung mit verwehrten Armen zusehen hätten. Der soeben erschienene Jahresbericht der größten dieser privaten Kreditbanken, der Deutschen Bank und Distanco-Gesellschaft, über das Geschäftsjahr 1934 enthält sehr wertvolle, die Allgemeinheit lebhaft interessierende Hinweise über deren Mitwirkung an der finanziellen Sicherung des allgemeinen Wirtschaftsaufschwunges.

Da Bilanz und Geschäftsbericht dieser Großbank, die als einzige der großen Filialbanken die Notzeit ohne staatliche Stützung überstanden konnte, bestimmten Vorschriften des Handelsrechtes und des neuen Reichsgesetzes über das Kreditwesen gerecht werden müssen, sind sie naturgemäß nach vorwiegend bankfachlichen Grundfragen abgefaßt. Die breiteren Kreise der Bevölkerung, die mit diesen Sonderbestimmungen nicht ohne weiteres vertraut sein können, bedürfen daher einer Einführung in das Verständnis der beiden Rechenwerksberichte.

So besagt die Bilanz, daß die Summe der Bankschulden (der Bankmann spricht gern von Debitoren) am 31. Dezember rund 1 1/2 Milliarden RM genau 1 490 204 713 RM betragen habe. Ein Vergleich mit dem Vorjahre ist nicht ohne weiteres möglich, da eine Reihe von Ausleihungen nach neuen Gesichtspunkten verbucht worden ist. Zusammenfassend kann man feststellen, daß nach Abzug aller dieser Sonderbuchungen die Summe der Ausleihungen um 64 Millionen RM kleiner als im Vorjahre gewesen ist. Kleiner — also ein Rückgang? Wir bitten, nicht vorschnell zu urteilen. Wir können einmal feststellen, daß der Reinzugang an Wechseln, die die Bank gekauft und bevorschußt hat, um etwa 70 Millionen RM gestiegen ist, so daß also der Gesamtgeldbetrag, der der Wirtschaft in der einen oder anderen Form zur Verfügung gestellt wurde, gleich blieb. Sodann aber zeigt ein näheres Eingehen auf die Bilanz Einzelheiten zwei außerordentlich erfreuliche Tatbestände: Die buchmäßige Verminderung der Ausleihungen ergibt sich aus einer Rückzahlung von alten, z. T. seit langer Zeit als unbringlich betrachteten Forderungen. Es ist durchaus verständlich, daß ein Geschäftsmann, dessen Umsätze sich verbessert haben, in erster Linie bestrebt ist, seine Schulden zu vermindern.

Er handelt aber, wenn er alte Bankverbindlichkeiten abdeckt, nicht nur im Interesse seines Eigennutzes, sondern er dient in ganz hervorragendem Maße dem Gemeinnutzen. Die gut geleitete Bank soll dafür Sorge tragen, daß Geld und Kredit mit jenem Höchstmaß von Geschwindigkeit umlaufen, das volkswirtschaftlich wünschenswert ist. Ein warmes Beispiel dafür, wie es nicht gemacht werden soll, bietet Frankreich, das eine Million Arbeitslose trotz eines Goldvorsrates von 80 Milliarden Franken zählt. Warum? Weil der französische Bauer und Handwerker sein Geld im

Kampf um die Gleichberechtigung!

Hestiger Widerstand gegen die Forderungen der Abgerüsteten

Genf, 17. April.

Die Bemühungen des Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, die in Genf anwesenden Vertreter der Mächte zu einer Einberufung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz zu bewegen, um eine Klärung der Lage herbeizuführen, stoßen auf erhebliche Schwierigkeiten. Henderson habe den Wunsch, die Einberufung des Präsidiums gleichzeitig mit der ordentlichen Tagung des Völkerbundsrates im Mai zu veranlassen. Die Ausichten dafür sind aber denkbar schlecht. Von britischer Seite soll sehr klar gesagt worden sein, daß die Arbeiten der Konferenz im Augenblick keinen neuen Antrieb finden könnten.

Unterdessen ist zwischen den Delegationen in Genf ein außerordentlich heftiger Kampf um die Wiederaufrüstung von Oesterreich, Ungarn und Bulgarien im Gange. Ueber eine gemeinsame Tagung des ständigen Rates der Kleinen Entente und der Balkan-Entente, die unter dem Vorsitz von Titulescu stattgefunden hat, wurde folgende bezeichnende Verlautbarung veröffentlicht: Die Vertreter der fünf Staaten haben die allgemeine europäische Lage geprüft. Sie haben mit Benützung von den Ergebnissen der Konferenz von Stresa Kenntnis genommen. Die Kleine Entente und die Balkan-Entente legen dem baldigen Abschluß von gegenseitigen Hilfeleistungsverträgen im Rorosten Europas sowie dem Erfolg der Verhandlungen für die Verwirklichung

eines Sicherheitspaktes in Mittel- und Südosteuropa besondere Bedeutung bei.

Was die Revision des Militärstatuts der Unterzeichnerstaaten der Verträge von St. Germain, Trianon und Neuilly anlangt, so haben die Vertreter der fünf Staaten von den Erläuterungen Cavals Kenntnis genommen, die besonders besagen, a) daß die englische, französische und italienische Regierung davon abgesehen habe, ihre Ansicht über den Grund der Frage abzugeben, da diese durch die am unmittelbarsten interessierten Regierungen frei entschieden werden muß, b) daß die einzige Empfehlung, die die drei Regierungen in Stresa glauben abgeben zu müssen, das Bestreben betrifft, jeden Versuch auszuschalten, auf einem anderen Wege als dem eines Vertrages zu einer Regelung zu gelangen, indem die drei Mächte das Verfahren freier Verhandlungen vorgeschlagen haben, deren Möglichkeiten eng von der Gewährung neuer Sicherheitsgarantien bedingt sind.

Ungarns letzte Haltung

Die ganze ungarische Presse ist in der Frage der militärischen Gleichberechtigung Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens einmütiger Auffassung. Die Wiedererlangung dieser Gleichberechtigung, so schreibt der „Pester Lloyd“, ist ein legaler Anspruch Ungarns und der übrigen abgerüsteten Staaten. Die weitere Vorenthaltung der Gleichberechtigung sei eine moralische Unmöglichkeit.

Sparstrumpf legen läßt. Derart gehortetes Geld ist totes Geld — das niemand froh macht. Ganz anders bei uns. Die zweite erfreuliche Tatsache des Berichtes der Deutschen Bank ist die Mitteilung, daß von den insgesamt 1 1/2 Milliarden Ausleihungen nicht weniger als 830 Millionen RM Neuausleihungen darstellen.

Es bedarf keiner großen Ausführungen, um zu betonen, wieviel neue Arbeit, neues Leben in der gewerblichen Wirtschaft durch die mehr als 800 Millionen RM Neuausleihungen ermöglicht wurde. Dabei ist es besonders interessant, daß gerade der Privatmann, der sein Geld zur Bank trägt, die Wirtschaft ankurbelt. Denn es ist nicht so, daß die mehr als 2 1/2 Milliarden Einlagen bei der Bank etwa nur Gelder großer Firmen darstellen. Bei weitem an erster Stelle unter den Einlegern steht das private Publikum. Würde es nach französischer Manier sein Geld in den Strumpf tun, dann hätte beispielsweise die Deutsche Bank nicht 830 Millionen RM, sondern nur 400 oder 500 Mill. RM neu ausleihen können. Die Folge davon hätten wir in den Erwerbslosenziffern gesehen.

Die wichtigsten Kunden der Banken sind nach wie vor Handelsgewerbe und verarbeitende Industrie. Von den 830 Millionen RM Neuausleihungen entfallen der Summe nach 10 Prozent auf die Kleinstkredite bis zu 5000 RM — 85 Millionen RM auf Kreditgeluche von durchschnittlich 3000 RM umgelegt ergibt eine Zahl von mehr als 30 000 solcher Kredite. Die Summe der Millionenkredite ist bei den Neuausleihungen nicht viel höher als die Kleinstkredite, es sind 110 Millionen RM (meist für große Arbeitsbeschaffungs- und Rohstoffpläne) auf diese Weise ausgeliehen worden. Der große Block der Neuausleihungen kommt in Raten von 5000 bis 100 000 RM dem typischen Mittelverdienern und bodenständigen Großhändler zugute. Das den Banken anver-

traute Geld arbeitet also heute nicht für einige wenige Konzerne, sondern stärkt den kaufmännisch-gewerblichen Mittelstand, wie es der Zielsetzung der Reichsregierung entspricht.

Danziger Vorkellungen

Die Ausschreitungen in Pommern.

Danzig, 17. April.

Bei den Ausschreitungen polnischer Gruppen gegen das Deutschtum in verschiedenen Orten Nordpommerns ist auch ein Danziger Staatsangehöriger, Student Dr. Hoffmann, der zu einem Vortrag in dem Orte Kölln wollte, tätlich angegriffen worden. Der Danziger Senat hat deswegen beim diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig Vorkellungen erhoben.

Die Danziger Presse nimmt mit sehr ernsten und eindringlichen Worten zu den traurigen Vorgängen Stellung. Die Blätter veröffentlichen erschütternde Augenzeugenberichte über die Ausschreitungen, denen ein junges deutsches Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Das Organ der NSDAP stellt fest, daß Danzig im Interesse der Erhaltung guter Beziehungen mit Polen energische Maßnahmen zur Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse und zur Beseitigung ruhestörender Elemente in den unmittelbar benachbarten Gebieten fordern müsse. Das Blatt weist weiter darauf hin, daß man gewisse Greuelberichte über den Danziger Wahlkampf zum Ausgangspunkt der Aktion gegen das Deutschtum in Pommern gemacht habe, obwohl in Danzig nicht ein einziger ernsthafterer Gewalttät zu verzeichnen gewesen sei. Die polnische „Gazeta Odnasta“ bezeichnet die Vorfälle in Pommern als „höchst unerwünscht“ und „verurteilenswürdig“.

besondere für
besonders für
insonderheit
entf.
tigen Abend-
antschl. Feier
n Eltern
haben, 3 Uhr
Chorgefang
Derf. 7.11
Liturgischer
f. Kindergottes-
Beichte und
Abendmahl.
Abendmahl.
mit anschließ.
gfeier.
hlich. Feier
und heiliges
musik: „Se-
Bräutig.
Beichte und
Abend-
anschließen-
schließendem
ahl für die
rgische An-
Abendmahl.
Abendmahl.
Beichte und
e. Abend-
Karfreitag,
r. Dresden.
vertretender
ntwortlicher
1935: 1213
de.
find und
wir nur
Frau
n ihres
nkeiten
Edel-
banken
mm
ufmerk-
rschäfte
reck
reuth
sttag
fest
stift
berger Str.
W
TOR
DER
chnell
am
ässis
1125-
er
5. Juni 19

Die Vorgänge in Neustadt

Die polnische Darstellung

Die polnische Telegraphenagentur gibt eine Erklärung über die Vorgänge in Neustadt (polnisch Wejherowo) aus. Darin heißt es: Am 13. April hatte in Neustadt eine öffentliche Versammlung stattgefunden, an der mehr als 600 Personen teilnahmen. Die Versammlung soll einberufen gewesen sein, um gegen die seit einiger Zeit beobachtete Agitation der Organisationen der deutschen Volksgruppe unter der polnischen Bevölkerung zu protestieren. Nach einigen Reden wurde von den Versammelten eine Protestentscheidung angenommen. Nach der Versammlung soll eine Gruppe von Versammlungsteilnehmern durch die Straßen gezogen sein, und bald in einer Reihe von Geschäften die Scheiben zertrümmert haben. Die Polizei habe energisch weitere Ausbreitungen sofort verhindert. Am 14. April hatte in Wejherowo eine Versammlung von Mitgliedern der deutschen Organisationen stattgefunden. Vor dem Gasthaus, in dem die Versammlung stattfand, sei eine Gruppe von Personen erschienen, die Zutritt zur Versammlung verlangte. Im Verlauf der Auseinandersetzungen sei es zu einer Schlägerei gekommen, bei der sechs Teilnehmer der Versammlung verletzt wurden, einer davon schwer. Die Polizei war sofort herbeigeeilt, habe aber die an dem Zusammenstoß Beteiligten nicht mehr angetroffen. Von den Gerichtsbehörden sei eine Untersuchung eingeleitet und seien Steckbriefe gegen die Täter erlassen worden.

Ein merkwürdiges Dementi

Undurchsichtige Anschlagsgerüchte in Genf.

Paris, 17. April.

Von der Leitung der französischen Sicherheitspolizei werden in Genf Konkrete Gerüchte verbreitet, die von einem angeblichen Anschlagsplan italienischer Anarchisten in Strafaufstellung auf Mussolini wissen wollten, als falsch bezeichnet.

Die Gerüchte, so heißt es, seien darauf zurückzuführen, daß die französische Polizei lediglich die italienische und die Schweizer Polizei wie üblich auf die Zweckmäßigkeit einer Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen für die Staatsmänner in Strafaufstellung gemacht habe. Eigenartig ist es, daß andere Blätter eine Meldung aus Marseille wiedergeben, in der von der Verhaftung eines Italieners und einer Italienerin berichtet wird. Beide hätten sich nach Tunis einschiffen wollen, aber ihre Papiere seien nicht in Ordnung gewesen. Man habe sie daraufhin festgenommen, aber später wieder freigelassen und über die Grenze abgeschoben.

Die ganze Angelegenheit ist einigermaßen undurchsichtig und deshalb mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Zum 1. Mai

Entgeltzahlung an Heimarbeiter.

Der Reichs- und preußische Arbeitsminister teilt im Einvernehmen mit dem Reichs- und preußischen Wirtschaftsminister mit: Der nationale Feiertag des deutschen Volkes soll dem deutschen Arbeiter nach dem Willen der Reichsregierung keinen Lohnausfall bringen. Das Gesetz über die Lohnzahlung am nationalen Feiertag des deutschen Volkes vom 26. April 1934 schreibt daher vor, daß dem Arbeiter der regelmäßige Arbeitsverdienst auch für den 1. Mai zu zahlen ist. Auch der deutsche Heimarbeiter soll den nationalen Feiertag feiern können, ohne daß seine Festesfreude durch Entgeltausfall getrübt wird. Es wird daher erwartet, daß alle Auftraggeber, Zwischenmeister und Hausgewerbetreibenden die von ihnen beschäftigten Heimarbeiter so stellen, daß sie keinen Entgeltausfall erleiden.

Im Interesse einseitiger Behandlung soll jeder Heimarbeiter 4 v. H. der im Monat April verdienten Entgelte erhalten.

In Betrieben, in denen vor dem Osterfest eine saisonmäßige Belegung des Geschäfts zu besonders hohen Entgelten im April geführt hat, kann ausnahmsweise auf 3 v. H. der im April verdienten Entgelte herabgegangen werden. Da es für manchen Zwischenmeister und die Hausgewerbetreibenden wirtschaftlich nicht erträglich ist, wenn ihnen der Arbeitsausfall zur Last fällt, ist es Pflicht aller Auftraggeber, diesen Zwischenmeistern und Hausgewerbetreibenden die von ihnen gezahlten Entgeltsummen zu ersetzen.

Sammlung „Wehrdant“ abgeschlossen

Dank des Reichswehrministers.

Berlin, 17. April.

Aus Anlaß der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht sind dem Reichswehrministerium aus allen Volkstreffen Spenden zugewandten, die der Entwicklung der neuen Wehrmacht dienen sollten und unter dem Namen „Wehrdant“ zu einer Sammlung zusammengeschlossen wurden.

Generaloberst von Blomberg spricht allen Spendern hiermit seinen Dank aus, bittet jedoch, von weiteren Spenden oder gar Sammelaktionen Abstand zu nehmen, da die Sammlung inzwischen abgeschlossen worden ist.

Von gestern bis heute

Zwecklose Bewerbungen.

Täglich gehen im Reichsstaatsfahrtministerium und den nachgeordneten Dienststellen zahlreiche Bewerbungen um Verwendung in Beamten-, Angestellten- und Arbeiterstellen der Luftfahrt ein. Der Bedarf an Personal ist im wesentlichen gedeckt, so daß Verwendungsmöglichkeit nur noch für einen geringen Teil der Bewerber besteht. Weitere Bewerbungen sind zwecklos. Bei der Ueberfülle der bereits vorliegenden Bewerbungen kann erst nach geraumer Zeit und nur im Falle der Verwendung mit einer Antwort gerechnet werden. Gesuche, die innerhalb vier Wochen nicht beantwortet sind, sind als abgelehnt zu betrachten. Rückfragen können nur die Bearbeitung und sind zu vermeiden.

Schluss deutsch-portugiesischer Abkommen.

Durch den interimistischen portugiesischen Außenminister de Mesquita Guimaraes und den deutschen Botschafter

Der Sieg der Arbeitsfront

Glänzende Ergebnisse der Vertrauensratswahlen

Aus der Reichshauptstadt und dem Reich liegen jetzt noch weitere Ergebnisse vor, die einen glänzenden Erfolg der im Reich durchgeführten Vertrauensratswahlen beweisen. Bei den aus einzelnen Betrieben vorliegenden Ergebnissen verdienen folgende besonders erwähnt zu werden:

Bei Siemens von 3000 Wahlberechtigten 90 Proz. Ja
Bei AEG von 12 200 Wahlberechtigten 96 Proz. Ja
Bei Gasag von 6598 Wahlberechtigten 5590 mit Ja
Bei Hamburger Elektrizitäts-Werk von 4000 Wahlberechtigten 92,2 Prozent Ja

Bei Howald-Werft Hamburg von 2500 Wahlberechtigten 86 Prozent Ja

Bei Stückenwerft Hamburg von 1200 Wahlberechtigten 80 Prozent Ja

Aus Halle liegt bereits das Gesamtergebnis aus 133 Betrieben vor, und zwar ergab hier die Wahl bei 24 130 Beteiligten 22 000 Ja-Stimmen. In Halle stimmten also 89 Prozent für Ja. Das Ergebnis im Gau Köln-Nachen steht diesen Ziffern nicht nach und beweist ebenfalls einen glänzenden Verlauf der Wahl. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind hier 85 bis 90 Prozent Ja-Stimmen abgegeben worden. Das gleiche Bild im Reichsbahndirektionsbezirk Köln, in dem von den aufgestellten 1156 Vertrauensmännern und Stellvertretern 1127 — also 97,5 Prozent — durch die Abstimmung bestätigt worden sind. Von den 24 419 Abstimmungsberechtigten haben sich 94 Proz. an der Wahl beteiligt. Bei den 10. Farben ergaben die Vertrauensratswahlen bei 88 Prozent Wahlbeteiligung 83 Prozent Ja Stimmen.

Glänzende Beweise des Vertrauens zum Führer

Teilergebnisse der Vertrauensratswahlen in Sachsen

Die am 12. und 13. April durchgeführten Vertrauensratswahlen haben auch in den sächsischen Betrieben glänzende Ergebnisse gebracht. Die Wahlbeteiligung und die Zahl der abgegebenen Ja-Stimmen für die aufgestellten Vertrauensräte übertrifft alle Erwartungen; sogar in solchen Betrieben, die bis zuletzt eine rein marxistische Gefolgschaft aufwiesen, steht heute die gesamte Gefolgschaft hinter den Männern der DAF.

Selbstverständlich sind nicht alle Ergebnisse so glänzend ausgefallen. Es sollte ja durch diese Wahlen festgestellt werden, in welchen Betrieben bisher entweder vom Betriebsführer oder vom Vertrauensrat im Sinne der Gemeinschaft nicht richtig gearbeitet wurde. So sind auch Ergebnisse zu verzeichnen, die ein erschreckendes Bild der Zerrissenheit und des Misstrauens in den betreffenden Betrieben zeigen; hier wird es nun notwendig sein, für eine Aenderung der Verhältnisse schnellstens zu sorgen und diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die an diesen Zuständen schuld sind.

In Dresden wurden in 95 Betrieben von 22 392 Gefolgschaftsmitgliedern 20 714 Stimmen abgegeben, davon 18 121 Ja, 1288 Nein-Stimmen und 1305 ungültige. Bei den sächsischen Staatstheatern entfielen nahezu 94 v. H. der abgegebenen Stimmen auf den vom Betriebsführer aufgestellten Wahlvorschl.

In Pirna sind in 31 Betrieben mit 6401 Wahlberechtigten die Vertrauensratswahlen vollzogen worden; es wurden 5810 Stimmen abgegeben, davon 5294 Ja, 361 Nein, 155 ungültig.

Im Kreis Zittau wurden in 164 Betrieben von 22 350 Wahlberechtigten 18 635 Stimmen abgegeben, davon 16 264 Ja, 1330 Nein, 773 ungültig.

Im Kreis Meißen wurden nach vorläufiger Zählung in 67 Betrieben von 8337 Wahlberechtigten 7679 Stim-

men abgegeben, davon 5625 Ja, 1412 Nein-Stimmen, 642 ungültig.

In der Stadt Freiberg wurden in 31 Betrieben von 2349 Wahlberechtigten 2182 Stimmen abgegeben, davon 1953 Ja, 98 Nein, 134 ungültig. Im Kreis Freiberg wurden in 62 Betrieben von 5462 Wahlberechtigten 5076 Stimmen abgegeben, davon 4632 Ja, 215 Nein, 229 ungültig.

Im Betrieb der Hugo Schneider-W.G. in Leipzig erhielt der Anwärter mit den meisten Ja-Stimmen 2641, der Anwärter mit den wenigsten Ja-Stimmen 2538 Stimmen, ein wahrhaft glänzender Beweis der Geschlossenheit innerhalb dieser Gefolgschaft! In der Leipziger Wollkammerei erhielt keiner der vorgeschlagenen Vertrauensräte weniger als 92 v. H. Ja-Stimmen, ein riesengroßer Beweis des Vertrauens, das von der Gefolgschaft entgegengebracht wird.

C h e m n i t z: Wanderer-Werke: stimmberechtigt 5353, abg. St. 5234, Ja 4784, Nein 98; Schubert & Salzer: stimmb. 2205, abg. St. 2109, Ja 1878, Nein 221; Reinecker: stimmb. 2261, abg. St. 2149, 85 v. H. Ja-Stimmen.

B l a u e n: Bomag W.-G.: stimmb. 2292, abg. St. 2190, Ja 1711, Nein 444; Industrie-Werke Blauen: stimmb. 809, abg. St. 709, Ja 689, Nein 18.

Z w i c k a u: Reichsbahnausbesserungswerk: stimmb. 1280, abg. St. 1253, Ja 1180, keine Nein-Stimmen; Horsch-Werke: stimmb. 3805, abg. St. 3357, Ja 2405, keine Nein-Stimmen; Gewerkschaft „Morgenstern“: stimmberechtigt 2864, abg. St. 2415, Ja 1608, keine Nein-St.; Erzgeb. Steinkohlen Aktien-Verein: stimmb. 4435, abg. St. 3655, Ja 1847, Nein 761.

A n n a b e r g: AEG Crostendorfer-Annaberg: stimmb. 699, abg. St. 648, Ja 483, Nein 123

In den nachstehenden Betrieben erhielten die aufgestellten Vertrauensmänner und Stellvertreter von den abgegebenen gültigen Stimmen in Prozenten:

Erfst Wälzwerk, Rittenberg, Schmiedeberg	100 %
Forstamt Wendischborsdorf	100 %
Rittergut Kleincaarsdorf	100 %
Staatl. Forstamt Schmiedeberg	100 %
Verl. Sächsische Maschinenfabrik und Eisengießerei G. m. b. H., Schlotwitz	99 %
Limos, Fabrik f. Präzisions-Mechanik, Glashütte	99 %
Louis Schmidt, Dippoldiswalde	99 %
Berbert Kohl, Fabr. f. Feinmehd. u. Elektrotechn., Glashütte	98 %
Kühnelt & Cie, Leutenstein	97 %
v. Lüttichau'sche Forst- u. Rentverwaltung, Bärenstein	97 %
Holzwarenfabrik Saxonica, Krejcar & Co., Geising	96 %
Wäscherei Ewara-Weißerhthal, Dippoldiswalde	95 %
Vereinigte Zwitterfeld-Fundgrube, Jinnwald	95 %
Sanatorium Kreiße	94 %
Forstamt Bärenstein	93 %
Staatsforstrevier Frauenstein	90 %
Gebr. Brauer, Werkstätt. f. Präzisionsmehd., Dittersdorf	90 %
August Schneider, Hutfabrik, Kreiße	90 %
Paul Hämig, Altbaufabrik, Frauenstein	90 %
Osthusenrathwerke, A.-G., Glashütte	89 %
Erfst Wolf & Cie, Schuhfabrik, Delsa	89 %
Kurhausverwaltung Kaiserhof Bärenstein	88 %
Ostdeutsche Hartsteinwerke, Geising	87 %
Marz Jiegenborn, Eichmöbelfabrik, Delsa	86 %
Anton Künzner, Delsa	86 %
Rittergut Kreiße	86 %
Marz Nilsche & Co., A.-G., Obercaarsdorf	84 %
Archimedes, Glashütte Maschinenfabrik, Glashütte	83 %
Sechwerke Dresden, Eisenwerk Schmiedeberg	81 %
Kornhaus u. Landwirtschaftsbank Bärenbeide, e. G. m. b. H.	81 %
Berggut Raupenneß, Altenberg	77 %
Rittergut Berrenth	77 %
Doppelfabrik Rudolf Schmidchen, Dippoldiswalde	66 %
Fritz Dießel, Obercaarsdorf	57 %

Polen und Paraguay in Ma. Er erklärte: „Die Stunde ist da, um über Frieden zu sprechen.“ Weiter sagte Präsident Agala, daß Paraguay bereit sei, auch ohne Vermittler mit der bolivianischen Regierung zu verhandeln. Bolivien würde in Paraguay keinen unversöhnlichen Gegner finden. Es sei Zeit, sich an den Konflikt zu setzen, um zu versuchen, die beiden Völker vom Kriegselend zu befreien.

Neue Hoff-Bäder sollen entstehen.

Nach eingehenden Verhandlungen mit der Reichsleitung und Gauleitung hat die Kreisdietschle Ueckermünde der NSDAP-Kraft durch Freude Bestrebungen eingeleitet, die den Kreis Ueckermünde als Aufnahmegebiet für Urlauber durch die Gründung neuer Hoff-Bäder geeigneter machen sollen. Dadurch soll die wirtschaftliche Lage der Notstandsgebiete an der pommerischen Küste gehoben werden. In einem öffentlichen Aufruf wird die Bevölkerung von Ueckermünde, Belling, Bernsdorf, Müntebeude und Grambin gebeten, aus ihren Orten reguläre Baderorte zu machen, die 800 bis 1500 Betten für Urlauber gegebenenfalls zur Verfügung stellen können. Sobald die Quartierfrage günstig gelöst sei, könne der erste Urlaubszug anrollen.

Sächsische Nachrichten

Genehmigte Geldsammlung für das Sachsenreffen Mitte Mai

Der sächsische Minister des Innern teilt mit: Der Reichs- und preussische Minister des Innern hat auf Grund von § 15, Ziffer 3, des Sammlungsgesetzes vom 5. November 1934 genehmigt, daß die Gauleitung Sachsen der NSDAP in der Zeit vom 15. April bis 15. Mai 1935 eine Listen-sammlung zum Zweck der Beschaffung der Mittel für das vom 17. bis 19. Mai 1935 in Dresden stattfindende Sachsen-treffen vornimmt.

Sonntagsdienst am Osterjonnabend

Nach einer Verordnung der Sächsischen Staatskanzlei wird entsprechend einem Runderlach des Reichs- und preussischen Ministers des Innern auch in Sachsen der Dienst der Behörden am Sonnabend vor Ostern (20. April 1935) nach den Vorschriften des Sonntagsdienstes geregelt.

Baron Hogningen-Huene wurden in Bissabon ein Abkommen über Zahlungen im Warenverkehr und ein Zusatzabkommen über Handel und Schifffahrt unterzeichnet, die am 23. April in Kraft treten. Die Abkommen regeln die Bezahlung der beiderseitigen Ausfuhr und sehen die Aufhebung der bisherigen Flaggen-diskriminierung vor. Ferner wurde der demnächstige Abschluß eines Reiseabkommens in Aussicht genommen.

Abwesenheitsverfahren gegen Benizelos.

Die Verhandlung des Kriegsgerichts gegen den früheren griechischen Ministerpräsidenten Benizelos sowie die übrigen bekannten Staatsmänner der Oppositionsparteien ist auf Freitag, den 19. April 1935, festgelegt worden. Vorsitzender des Kriegsgerichts ist voraussichtlich der Flottenchef Sakellariou. Gegen Benizelos, seinen Sohn Kyriakos Benizelos, General Plastiras, den früheren Finanzminister Maris und andere wird in Abwesenheit verhandelt, da sich diese im Auslande befinden, die anderen Politiker Papanastasiou, Kambandaros, Sophoulis, Melonas, Bonatas, Abraam usw. befinden sich in Athen in Untersuchungshaft.

Sowjetunion meidet das Internationale Arbeitsamt.

Die Sowjetregierung hat das Internationale Arbeitsamt davon verständigt, daß sich die Sowjetunion trotz des Beitritts zum Völkerbund entschlossen hat, nur als Beobachter an der Arbeit des Internationalen Arbeitsamts teilzunehmen. Die Begründung für den Nichtbeitritt zum Internationalen Arbeitsamt wird demnächst durch die Sowjetregierung veröffentlicht werden.

Portugiesischer Staatspräsident schwer erkrankt.

Der portugiesische Staatspräsident Carmona ist schwer erkrankt. Infolgedessen konnte seine vor dem Parlament festgelegte Vereidigung, die durch seine Wiederwahl zum Staatspräsidenten notwendig geworden war, nicht stattfinden. Da die Wahlperiode bereits am Montag abließ, gehen die Funktionen des Staatsoberhauptes einstweilen auf den Ministerpräsidenten Salazar über.

Paraguay zum Frieden mit Bolivien bereit.

Der Präsident von Paraguay, Agala, äußerte sich bei einem ihm zu Ehren gegebenen Frühstück über die verschiedenen gescheiterten Friedensvermittlungsvorläufe zwischen

Zeitung
der
den
Zeitun
vor
kauf
henha
gestalt
beschä

D
waktun
hischen
das D
tember
in Be
Kundg
schon
stüzun

A
verban
Reinhe
Sachse
Der
voraus
Sachse
An

W
stander
ministe
der We
Kartoff
dieser
toffen
tigten
im Jak
toffen
sich nu
Frühm
schig),
Krone

De
auf die
staltete
Einführ
Vermei
nach die
Sachse
nach d
mungso
ort ist
behörde
Hunde
wiederh

Verf
auf dem
phine zu
auf dem
wegtauch
Schiffes
Wie
selben
sich
zu verän
Schuld?
Erf
liche
gelomme
Ein
Glücks
ihm die
der Wisse
Bahn. D
Und
neben ih
Augen ein
aus getar
Augenbl
Wehrm
Gerad
des Wate
hatten ih
Wate ein
traurige
Kenntnis
unmöglich
Stunde
Sedanten,
heit war,
sein Aufse
daß er sich
ben Trüm
tr nur sei
daß er nicht
betweilt ha
Dem
sichem Vert

Zeitungsverkauf und Verkauf von Grünsmud am 1. Mai
 Der sächsische Wirtschaftsminister hat verordnet, daß der Vertrieb und Verkauf von Zeitungen am 1. Mai für den ganzen Tag erlaubt ist. Eine Beschäftigung der zur Zeitungsherstellung nötigen Arbeitsträfte darf am 1. Mai vor 18 Uhr nicht erfolgen. Die Herstellung und der Verkauf von Grünsmud im Gewerbebetriebe und im Straßenhandel wird für die Zeit von 6 bis 9 Uhr vormittags gestattet; Arbeitnehmer dürfen nur während dieser Zeit beschäftigt werden.

Der Tag des deutschen Volkstums
 Die Sächsische Staatskanzlei weist im Sächsischen Verwaltungsblatt auf den Kundertag des Reichs- und preussischen Ministers des Innern zu dem vom Volksbund für das Deutschtum im Ausland in diesem Jahr für den 22. September geplanten „Tag des deutschen Volkstums“ hin. Die in Betracht kommenden Behörden werden angewiesen, die Kundgebung nach Kräften zu fördern und dem Volksbund schon bei der Durchführung der Vorarbeiten jede Unterstützung zu gewähren.

Der Leiter des sächsischen Einzelhandels
 Wie wir erfahren, ist der Erste Vorsitzende des Landesverbandes des Sächsischen Einzelhandels e. V., Kaufmann Reinhard Lorenz, Dresden, zum Leiter der Bezirksgruppe Sachsen der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel ernannt worden. Der Landesverband des Sächsischen Einzelhandels wird voraussichtlich am 1. Juli dieses Jahres in die Bezirksgruppe Sachsen der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel aufgehen.

Anbau nicht krebstester Kartoffeln ausnahmsweise gestattet
 Mit Rücksicht auf die durch die Dürre im Vorjahr entstandenen Schwierigkeiten hat der sächsische Wirtschaftsminister für den diesjährigen Kartoffelanbau in Abänderung der Verordnung über die Verhütung der Ausbreitung des Kartoffelkrebstes nachgelassen, daß diejenigen, die nach § 5 dieser Verordnung verpflichtet sind, nur solche krebsteste Kartoffeln anzubauen, die von einer zur Anerkennung berechtigten Körperschaft anerkannt worden sind, ausnahmsweise im Jahre 1935 auch nicht anerkannte krebsteste Pflanzkartoffeln anbauen dürfen. Die Ausnahmegewilligung erstreckt sich nur auf folgende Parzellensorten: Val (gelbbläulich), Frühmilde (hellgelblich), Frühe Hörnchen (hellgelblich), Juli (gelblich), Salatkartoffel, Krebsteste Kaisertrone (weißlich) und Weltwunder (weißlich).

Einführung ausländischer Hunde
 Der sächsische Wirtschaftsminister erläßt im Hinblick auf die im April dieses Jahres in Frankfurt a. M. veranstaltete Hunde-Weltausstellung eine Verordnung über die Einführung von ausländischen Hunden nach Sachsen zur Vermeidung der Einschleppung von Hundekrankheiten. Danach dürfen ausländische Hunde, die ausgestellt waren, nach Sachsen gebracht werden und hier verbleiben sollen, nur nach dem der Ausstellungslieferung angegebenen Bestimmungsort befördert werden; ihr Eintreffen am Bestimmungsort ist innerhalb 24 Stunden der zuständigen Ortspolizeibehörde zu melden. Am Bestimmungsort unterliegen die Hunde einer dreimonatigen polizeilichen Beobachtung und wiederholter bezirksärztlicher Untersuchung.

Abkühlpläne im Jagdgen Sachse
 Der Jagdgermeister für das Land Sachsen teilt mit: In Abweichung von § 37 (1) WJ zum RJO sind die Abkühlpläne im Jagdgen Sachsen bis zum 15. Mai 1935 dem zuständigen Kreisjägermeister einzureichen. Die Borden können bei den Jägerführern gegen Erstattung der Selbstkosten oder durch die Verleger der amtlichen Jagdzeitungen bezogen werden.

Keine Anmeldepflicht des Gewerbetreibers der Wirtschaftsprüfer
 Nach einer Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministers besteht für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften keine Pflicht zur Anmeldung ihres Gewerbebetriebes gemäß § 14 der Gewerbeordnung, weil der Beruf des Wirtschaftsprüfers sowohl nach seinem Inhalt wie nach den für die Berufsausübung aufgestellten Grundfähigkeiten den freien Berufen gleichzusetzen ist. Die Wirtschaftsprüfer und die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften haben jedoch sämtlich dem unter Aufsicht des Reichswirtschaftsministeriums stehenden Institut der Wirtschaftsprüfer anzugehören.

Verurteilung vor dem Sondergericht
 Das Sondergericht für das Land Sachsen verurteilte einige Angeklagte, die den Führer und Reichsanwalt sowie führende Persönlichkeiten des Reiches schwer verunglimpfen hatten. Karl Klinge aus Chemnitz hatte den Stellvertreter des Führers verleumdet und mußte dies nun mit neun Monaten Gefängnis büßen. Schwerer wogen die beschimpfenden Worte, die Emma Hoffmann aus Stenn über den Führer ausgesprochen hatte; da sie schon mehrfach wegen Beleidigung verurteilt ist, erkannte das Gericht auf ein Jahr Gefängnis. Der Fall der Angeklagten Silta von Hanstein lag weniger politisch; vielmehr handelte es sich dabei um eine Art Hochstapelei. Die Angeklagte, die schon mehrfach wegen Betruges und Unterschlagung verurteilt ist, hatte den Führer in gefährlicher Weise verleumdet, um sich dadurch in ein besonderes Licht zu setzen. Dafür hielt das Gericht eine Strafe von sechs Monaten Gefängnis für eine angemessene Sühne und rechnete zwei Monate Untersuchungshaft auf die Strafe an.

Bergnügungssteuerbefreiung an nationalen Feiertagen
 Der sächsische Minister des Innern gibt auf Ersuchen des Reichsfinanzministers folgendes im Sächsischen Verwaltungsblatt zur Nachachtung bekannt:
 Am Geburtstag des Führers sind Veranstaltungen, die von der RSDAP und ihren Organisationen jeweils am 20. April ausschließlich aus Anlaß und zu Ehren des Geburtstages des Führers unternommen werden, von der Bergnügungssteuer freizustellen.
 Ferner sind von der Bergnügungssteuer befreit Veranstaltungen, die am 1. Mai aus Anlaß des Nationalen Feiertages des deutschen Volkes unternommen werden. Die Befreiung erstreckt sich auch auf Kameradschaftsabende der Betriebe, die aus Anlaß des Nationalen Feiertages des deutschen Volkes vorgelesen sind, die aber nachweisbar lediglich wegen der Schwierigkeiten der Raumbeschaffung oder

aus betriebsrechtlichen Gründen, z. B. Schichtwechsel, nicht am 1. Mai stattfinden können, sondern auf den 29. oder 30. April vorverlegt oder auf den 2., 3. oder 4. Mai verschoben werden müssen.

Veranstaltungen, die am ersten Sonntag nach Michaels aus Anlaß des Erntedankfestes unternommen werden, sind, soweit sich diese Veranstaltungen im Rahmen des von den zuständigen Stellen beauftragten Programms halten, ebenfalls von der Bergnügungssteuer freizustellen.

Die aus Anlaß des Heldengedenktages stattfindenden besonderen Veranstaltungen tragen nicht den Charakter von Vergünstigungen und sind daher ohne weiteres steuerfrei.

19. April.
 Sonnenaufgang 4.56 Sonnenuntergang 19.04
 Monduntergang 4.31 Mondaufgang 20.24
 1560: Der Reformator Philipp Melancthon in Wittenberg gest. (geb. 1497). — 1713: Pragmatische Sanktion Kaiser Karls VI. — 1824: Der englische Dichter Lord Byron in Missolonghi gest. (geb. 1788). — 1882: Der Naturforscher Darwin in Down bei Bedfordham gest. (geb. 1809). — 1906: Der französische Physiker Pierre Curie, Entdecker des Radiums, in Paris gest. (geb. 1859). — 1916: Der preussische Generalfeldmarschall und türkische Pascha Colmar Freiherr v. d. Goltz in Bagdad gest. (geb. 1843). — 1917: Aufhebung des Jesuitengesetzes. — 1931: Der Pflanzenforscher Emil Trinckler in Bremen gest. (geb. 1896).
 Namenslag: Hermogenes; fah. (f): Werner.

Rundfunk-Programm
 Deutschlandsender.

Donnerstag, den 18. April.
 8.00: Sperrzeit. — 9.40: Hauswirtschaft — Volkswirtschaft. — 10.15: Volkswirtschaft. — 10.30: Sendepause. — 11.30: Landtechnische Neuigkeiten für den Bauern. — Anschließend: Wetterbericht. — 15.15: Deutsche Frauen jenseits der Grenze. — 15.50: Zeitgeschichte. — 17.30: Männer machen die Geschichte: Ernst Morik Arndt. — 17.55: Fürs deutsche Mädel: Mädelsingen. 18.25: Sportfunk. — 18.40: Zwischenprogramm. — 19.00: Die neuen Bestimmungen über die Befreiung von Rundfunkgebühren. — 19.15: Aus Leipzig: Volkstümliche Musik. — 20.15: „Lagerfeuer“. Eine Vederfolge. — 20.45: Deutscher Kalender: April. — 23.00—0.15: Orchester-Musik aus London.

Reichslieder Leipzig: Donnerstag, 18. April
 2.00 Mittagskonzert; 13.10 Musik am Mittag; 14.10 Das Meer; drei sinfonische Sätze für Orchester; 15.10 Rudolf Schuster spricht über NS-Funkzeitchriften; 15.20 Für die Jugend von Buchwald und Fabnenschwan; 16.00 Liebeskompositionen und ihre Dichter; 16.30-75 Jahre Spektalanalyse; 17.00 Nachmittagskonzert; 18.00 Wir Arbeiterjugend: Jugend am Flug; 18.30 Das 7. R. S. Infanterieregiment König Georg Nr. 100; 19.00 Volkstümliche Musik; 20.00 Nachrichten; 20.10 „Die goldene Stadt“, eine Passion; 21.20 Beethoven-Sonaten; 22.00 Nachrichten und Sportfunk. — Funkstille.



Um das Werk des Vaters
 ROMAN VON OTFRIED VON HANSTEIN

(16. Fortsetzung.)

Vergeschlossen, finstern sich hineindrückend, stand Egon auf dem obersten Deck, sah dem munteren Spiel der Delphine zu, die paarweise aus dem Wasser schwebten, den Lauf des Dampfers verfolgten oder unter dem Kiel hinwegtauchten, um ihr Spiel auf der anderen Seite des Schiffes fortzusetzen.

Wie war es möglich — so mußte er immer wieder denselben Gedanken verfolgen —, daß das Gesicht eines Menschen sich in wenigen Wochen so gewaltig zum Schlechten zu verändern vermag — und das ganz ohne eigene Schuld?

Erst Wochen war es ja her, seit er, die lachende, glückliche Bianta an seiner Seite, aus dem Orient heimgekommen.

Sein ganzes Leben schien in den Sonnenschein des Glückes getaucht! Eine herrliche Reise lag hinter ihm, die ihm die Schönheiten der Welt gezeigt, vor ihm ein Leben der Wissenschaft, genau vorgezeichnet in seiner geraden Bahn. Die hohe Auszeichnung der Professur in Tokio!

Und jetzt? Die gewaltigen Gedanken seines Vaters ließen ihn nicht los! Es war ihm, als habe er mit seinen Augen einen Blick über die Grenzen der Menschheit hinaus getan. Er hatte das Gefühl, als habe sich für einen Augenblick der Schleier, mit dem das Weltgesetz die letzten Geheimnisse verhüllt, vor ihm gelüftet.

Gerade dieser letzte Abend des Vaters, der Tod des Vaters, die kalten, höhnischen Worte des Astronomen hatten ihn nur in der Gewißheit befestigt, daß sein toter Vater ein Gigant war, und — nun war in ihm die tieftraurige Erkenntnis, daß dieser Vater ihm ein heiliges Vermächtnis hinterlassen hatte, und daß es ihm, der die Kenntnisse des Toten auf elektrischem Gebiet nicht besaß, unmöglich war, dieses Vermächtnis zu erfüllen.

Stunden und Tage zermarterte er sein Hirn mit dem Gedanken, daß seine schnelle Abreise nach Japan eine Torheit war. Das stille Gelehrtenstübchen in der Villa hätte sein Aufenthalt werden sollen — aber immer wieder mußte er sich sagen: Er war ja kein Gigant! Er stand hilflos vor den Trümmern der Apparate und zürnte dem Vater, daß er nur seinem eigenen Hirn das Geheimnis anvertraut, daß er nichts aufgeschrieben, den Sohn nicht völlig eingeweiht hatte.

Und dann schweiften seine Gedanken zu der Frau, die er so sehr geliebt, und die er aus seinem Hause gewiesen. In diesen Tagen des Grubens erschien ihm auch Biantas Lächeln in anderem Lichte. Was verstand sie vor wissenschaftlichen Problemen?

Seine, nur seine Schuld war es! Eine Sängerin, ein junges, heißblütiges Weib hatte er an sein Leben gefesselt. In grausamer Selbstzergliederung suchte er ihren Gefühlen zu folgen. Was ihm bisher als ein Verbrechen erschienen war, bekam ein anderes Gesicht. Nur aus Liebe, nur dem Instinkt ihrer Leidenschaft folgend, hatte Bianta gehandelt.

Er dachte an jene Stunde zurück. Wie selbstverständlich erschien es ihm jetzt, daß der Besuch und das Angebot des Agenten die Vergangenheit in ihr aufgewühlt hatten! Sie hatte sich an ihn geklammert, um an seiner Brust die Kraft der Entfugung zu finden. Er hatte sie bitter enttäuscht! Konnte er von dem jungen, triebhaften Weibe verlangen, daß sie verstand, was ihn in jener Nacht, als sie mit offenen Armen auf ihn wartete, in Bann geschlagen? Ihm kam ein Erkennen dessen, was Bianta in jenen Stunden empfunden, als er nicht zu ihr zurückkam.

Alles, was sie geliebt, der ausliegende Haß gegen den Vater — alles war ja nur der Ausfluß ihrer Liebe! Ihrer großen Leidenschaft, die sich verschmährt fühlte. Wo hat sie, ist Liebe! Wie konnte er annehmen, daß sie, die junge Künstlerin, das Weib, das gar nichts ahnte von den Aufgaben des Forschers, deren Hirn gar nicht zu verstehen vermochte, daß es Wichtigeres gab auf der Erde als eben nur die Liebe, in seinem Vater, den er selbst noch wenige Tage zuvor als Phantasten in ihren Augen herabgesehen hatte, den Feind sah.

Stunden kamen, in denen Egon sich selbst einen Narren schalt! Warum war er je in des Vaters Welt getreten? Warum hatte er nicht lieber jene Nacht mit Bianta zugebracht?

Warum stand sie nicht jetzt an seiner Seite, wie sie es gewollt?

Sie hatte ja mit ihm kommen wollen, hatte sich und die Sehnsucht nach ihrer Kunst bezwungen. Verzweiflung aus Liebe zu ihm. Und nach diesem schweren Siege hatte er sie enttäuscht!

Alles! Das überreichte Konzert, die unüberlegte Tat der Zerstörung der Apparate, deren Folgen sie ja gar nicht zu verstehen vermochte — alles entsprang in Wahrheit ihrer Liebe zu ihm, ihrer leidenschaftlichen Liebe!

Er aber hatte sie fortgejagt aus seinem Hause! Wie hätte er mit der Frau, die am Tode des Vaters schuld war, der Frau, die ein ganzes Lebenswerk zerstörte, noch leben können?
 Verurteilt hatte er — ohne zu prüfen. Aber er hätte auch jetzt nicht anders gehandelt, und — dennoch war sein Herz auch jetzt noch voll sehrender Liebe.

Was hatte Bianta begonnen? Er lächelte bitter. Ihr ging es vielleicht besser als ihm. Sie besaß ja die hunderttausend Mark, die er ihr sichergestellt. Wie hatte Bianta ihm gesagt, wie sie das Geld verschwendet hatte. Auch er war nicht in Not. Selbst wenn er die Villa und des Vaters Laboratorium gewissermaßen als ein Grabmal zum langsamen Untergang verurteilt hatte. Noch trug er dreißigtausend Mark in seiner Brieftasche. Mit dem Einkommen seiner Professur ein sorgenloses Leben — aber nichts, nichts, um des Vaters Pläne zu verwirklichen.

Immer wieder in dieselben Gedankengänge verfallen, immer zwischen dem Andenken an den Vater, den verlorenen Gärten eines wissenschaftlichen Paradieses und der Erinnerung an erstorbene Liebesstunden hin und her pendelnd, war Egon Gregorius ein einsamer Sonderling unter den Passagieren des Dampfers.

Ueber das tiefblau schimmernde, von heller Sonne übertrabte Mittelmeer glitt die Dampferglocke Genua entgegen.

Die Passagiere drängten sich auf den Deck. Lachend in schimmernder Weiße, überall von dem satten Grün der Pinien und Palmen unterbrochen, baute sich das prangende Amphitheater der Stadt an den Verhängen auf.

„Der Dampfer liegt acht Stunden im Hafen.“
 Der Anschlag an der Schiffsoffiziere war von den Reisenden umdrängt; überall wurden Pläne zu kurzen Ausflügen gemacht. Egon sah auch jetzt allein auf dem Oberdeck.
 „Werden Sie nicht auch an Land gehen, Herr Doktor?“
 „Ich bleibe an Bord.“

Der zweite Offizier, der an Egon die Frage richtete, ging, über den blasierten Sonderling den Kopf schüttelnd, davon.

Der Dampfer ließ seine Anker hinabgleiten; eine bunte, schreiende, südländisch bewegte Menschenmenge umflürmte die Ausstiegsenden.

Egon stand auf und ging in seine Kabine hinunter. Es tat ihm fast weh, sich in seine Verbitterung einzuwühlen. Auf dem Promenadendeck drängten sich die Passagiere um den Obersteward, der die Post ausgab. Auch das interessierte Egon nicht. Er hatte von niemandem Abschied genommen, hatte niemand von seiner Abreise unterrichtet, war wie ein Dieb geflohen, nur um keinen Menschen, nichts, das ihn an die Vergangenheit erinnerte, zu sehen.
 „Herr Professor Gregorius! Post für Sie!“
 Der Obersteward hielt ihm einen kleinen Brief hin; er nahm ihn und war unangenehm berührt. Warum ließ man ihn nicht in Frieden? Was konnte es sein als eine Sammlung böswilliger Zeitungsartikel?
 Er warf den Brief auf seinen Kabinentisch, dann glitt sein Auge flüchtig, abwehrend über die Adresse, und er juckte zusammen: Biantas Handschrift!

(Fortsetzung folgt.)



DER FRÜHLING in der Schale

Draußen treiben wieder die Zweige Knospen, draußen wagen sich die ersten Blüten und Blumen aus dem trübsamen Erdreich... Der Frühling meldet sich an! Frisches Grün füllt schon die Wälder und Schalen, unsere dumpfen, winterlichen Stuben erhalten einen freundlichen Schimmer durch junges, eben erwachtes Leben...

Wie ist draußen die Welt schon wieder hell, wie ist sie frohgestimmt und treibend. Alles jubelt laut nach langer Nacht, alles freut sich des neuen Lebens. Was könnte es



Schöneres geben als die Symbole dieses Neuen, als den grünen Strauch, die weichen, leuchtenden Knospen, die ersten Frühlingsblumen und das — Ei! Das gute frische deutsche Hühner-Ei. Wenn die Frau Henne zum ersten Male nach langer Pause wieder zum Nisten eilt, um hier eine wichtige Verrichtung mit Ernst und Ausdauer zu erledigen und nach gebührender Zurückgezogenheit im Kreise der Genossinnen freudig gackernd verkündet, daß die Verrichtung glücklich von-

Ratten ging, dann fällt die Hühnerschar lobend ein, und alle Hühner becken sich, es dem guten Vorbilde gleichzutun. Dann ist der Frühling da, denn jedes Ei bedeutet neues Leben, in jedem Ei, in jeder Schale verbirgt sich der Frühling!

Da eilen Kinder geschäftig durch den Garten. Sie heben hier einen Stein und lugen dort unter die Büsche. Sie stoßen die hohen Schollen und wälzen da das alte, modernde Laub. Hier glänzt ihnen ein weißes Ei entgegen, dort ein herrlich buntes. Sie heben es auf, und jubelnd sammeln sie die Ostereier. Warum ist der Eifer der Kinder fast ohne Grenzen, warum der Jubel so groß? Weil sie ein Ei gefunden haben... Das allein ist es nicht! Weil sie schon seit dem ersten Bewußtsein wissen, daß es mit dem Osterfest eine besondere Bewandnis hat. Sie lieben den Frühling über alles, und wenn sie spähend die Ostereier suchen, so wollen sie den Frühling finden.

Gerade unsere Kinder sollen immer wieder das Kommen des Frühlings neu empfinden, neu erleben, damit sie als reife und denkende Menschen nicht nur die Schönheit sondern auch den tieferen Sinn des Frühlings erfassen können. Es ist deshalb keine leere Spielerei und keine überflüssige Mühe, wenn wir unsere Kinder am Osterfest die Ostereier suchen lassen.

Aber es brauchen ja nicht allein die Ostereier zu sein viel schöner bringen die ersten Frühlingsfeier den Kindern diesen Glauben näher. Ursprünglich waren die Eier ja als die Frühlingsgötter geschätzt und verehrt. Später brachte man wie so viele alte Bräuche auch das Frühlingsfest mit dem Osterfest in Verbindung.

Deshalb ist es zu begrüßen, wenn in den nächsten Wochen vor dem Osterfest in einigen Städten des Vaterlandes unseren Kindern ein Eiersuchen veranstaltet wird vor allem unseren Kindern aus den großen Städten. So sollen z. B. in Berlin 20 000 Kinder Eier suchen, 100 000 Stück an der Zahl, die ihnen die NS-Frauenenschaft zwischen Sträußern und Bäumen und Rasen versteckt hat. Die Kinder der Großstadt werden den Frühling suchen! Das ist ein herrlicher Gedanke, der überall Eingang finden sollte! Die NS-Frauenenschaft will die Eier beim Kleinhandel einkaufen und an fröhlichen Gemeinschaftsabenden bei anregender Unterhaltung färben. Wenn dann die Plätze und Anlager in den Städten von frohem Jubel der Kinder widerhallen dann wissen wir, daß die Kinder nicht nur glücklich sind weil sie köstliche Beute fanden, sondern daß sie Freude und Frohsinn fanden im sinnvollen Spiel mit Eiern und um das Ei.



Dieser neuerwachte Brauch des gemeinschaftlichen Eier suchens durch die Kinder verdient, wieder allgemein Sitte zu werden. Ganz abgesehen davon, daß vielen Kindern erst so die Freude des Osterfestes wird, ist nichts besser als dieses Suchen geeignet zur gemeinschaftlichen Freude am Frühlingserlebnis, zur Wiedererweckung alter Bräuche, die heute nicht weniger ethische Werte in sich bergen wie in alten Zeiten. Die Sitte des Eierbesuchens hat uralten Ursprung. Bei allen Völkern des Altertums und in allen Religionen spielte das Ei bei den Frühlingsfesten eine große Rolle. Ob Griechen und Ägypter, Babylonier und Perser, Römer und Chinesen — überall schenkte man sich in der Freude über den ersten Frühling Eier, roh und gekocht, mit weißer Schale und bunt bemalt. Auch den alten Germanen galt das Ei als Symbol der fruchtbaren Erde und der spendenden Natur, und wenn sie sich in den ersten Tagen des Frühlings mit bunt gefärbten Eiern beschenkten und den Göttern, vor allem der verehrten Frühlingsgöttin Ostara, blutbesprengte Eier zum Opfer trachten, so meinte man, neues Leben zu geben. Für die Germanen war der Hase ein guter Waldgeist und galt als Symbol der Fruchtbarkeit. So ist es kein Wunder, daß mit dem Haken die ersten Eier in Verbindung gebracht wurden und man ihm zuschrieb, daß er die ersten Frühlingsfeier lege. Später machten sich die Priester diesen Glauben zunutze und verfertigten weiße Eier im Walde.

Bei den Germanen ist später unter dem Einfluß des Christentums vor allem die Sitte des Eierbesuchens in Vergessenheit geraten. Erst die Kreuzritter wurden im Morgenlande wieder daran erinnert, als die Mohammedaner sich gegenseitig und ihre christlichen Befangenen am mohammedanischen Frühlingsfest mit bunten Eiern beschenkten. Und erst als die Kreuzritter nach ihrer Heimkehr von diesem Erlebnis Kunde gebracht hatten, kam ein allgermanischer Brauch wieder zur Geltung; die Kirche nahm ihn auf, das weiße Ei wurde zum Sinnbild für die Auferstehung Christi und der Kirche. Weil sie die Gesundheit erhielten, verschenkte man geweihte Eier an jene Menschen, die einem nahelanden. Von diesen Eiern versprach man sich auch, daß sie Hof und Vieh wachsen ließen und Menschen und Tiere vor Schaden bewahrten. Und begoß man gar ein rot gefärbtes Ei mit geweihtem Wein und versetzte es in die erste Garbe, so stand eine gute Ernte bevor. An diesen Bräuchen sind die Neuberlichkeiten weniger maßgebend als



die Tatsache, daß der tiefere Sinn von dem Ei als Spender neuen Lebens kündet, daß man das Ei möglichst am Tage des Frühlingsbeginns schenkte.

Diese Bräuche sind dort, wo deutsche Art Väter sitte gläubig übernommen und liebevoll gepflegt hat, bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben. Noch mancherorts legt der Bauer an einem Morgen im Frühling ein Ei in die Furchen des Feldes, um der Erde neue Fruchtbarkeit zu schenken. In anderen Gegenden werden in den Feldern die Eierfurchen vergraben; nicht etwa, weil man die chemische Wirkung der Schalenstoffe kennt, sondern weil der Glaube an die spendende Kraft des Frühlings in der Schale erhalten geblieben ist. Heute noch gilt uns der Osterhase als Frühlingsgott. Wie die Alten die Eier färbten und bemalten, so haben sich bis heute Laufende und aber Laufende Arten der Eierfärbung und -aus schmückung nicht nur erhalten, sondern zu einer hohen Form volkstümlicher Betätigung entwickelt. Dabei ist besonders beachtenswert, daß hier wie sonst nirgends die Mittel der Alten benutzt werden: Wachs, Zwiebelschalen, Stoffreste, Wiesenmark usw. Gerade mit diesen Mitteln geschmückte Eier sind nicht selten Prachtexemplare schönster Volkskunst. Mit sicherer Hand werden mit flüssigem Wachs wundervolle altüberlieferte Muster auf die Eier gezeichnet. Nachdem die Eier mit Zwiebelschale gefärbt worden sind, wird mit einem heißen Tuch das Wachs von den Eiern abgewischt, und die Muster kommen in Weiß auf dem farbigen Grunde zum Vorschein. Wie schön sind die bunten Eier, auf denen Stoffreste mit Wiesenmark besetzt wurden.

In vielen Landschaften ist es heute noch Sitte, am Ostermorgen Kinder mit Körben bei den Verwandten und Bekannten anzufragen und die bunt bemalten Eier sammeln zu lassen, bis der Korb gefüllt ist. In anderen Gegenden, wie in der Lausitz, versammeln sich am Ostermorgen Burschen und Mädchen auf einem Bankviereck vor der Kirche, den Eingebänten. Hier werden Osterlieder gesungen. Dann erscheinen einige Burschen mit Körben, machen vor einem Mädchen nach dem andern halt, und jedes Mädchen holt aus einem Korbe ein oder einige bunte Eier heraus, um sie mit fröhlichen Worten in den Korb zu legen. Das geht nicht ohne urwüchsige Bemerkungen der Burschen ab, und wenn alle Mädchen ihr Scherlein beizutrauen

haben und die Körbe gefüllt sind, dann geht es ans reibliche Verteilen unter alle Burschen. Erst wenn dieses Wert getan, kommt der rechte Festtrubel zur Geltung.

Viele Bräuche werden heute in den Eierspielen noch feierlich geübt. In Brandenburg ist das Eierpeitschen zu Hause. Kinder, mit Ruten und Körben bewaffnet, ziehen von Haus zu Haus und „peitschen“ sich Eier von den Frauen, um am Nachmittag auf der Dorfweide durch geschicktes „Kullern“ den Bestand zu vermehren — auf Kosten der andern — oder zu verlieren. In vielen Landschaften ist übrigens, wenigstens der erste Teil dieser Sitte, das Eierstiepen noch heimisch. Wo unverheiratete Mädchen im Hause sind, erscheinen Kinder mit Ruten und Stiepen die Mädchen so lange, bis sie sich durch eine Eierspende losgetauft



haben. Von diesem Eierstiepen mag das österrliche Stiepen oder Stäupen seinen Anfang genommen haben. In Schwaben ist das Eierlesen oder der Eierlauf noch bis heute üblich. Hier werden die Eier auf die Wege gelegt, und die Jugend hat die Eier schnell aufzusammeln. Wer die Eier am schnellsten sammelt, ist der Sieger. Im Orte Schönen werden 100 Eier in genauem Abstand auf die Straße gelegt, und während ein „Läufer“ nach dem auf einem Berg liegenden Nachbarort hin- und zurückläuft, muß der „Raffer“ die 100 Eier gefunden und aufgerafft haben; wer das am schnellsten fertigbringt, wird als Sieger gefeiert.

In anderen Orten wieder ist es Sitte, daß einer der Läufer ein Glas Wasser oder ein Glas Wein in der Hand hält; er hat das gefüllte Glas im Lauf ins Ziel zu bringen. Der andere Läufer, man nennt ihn auch „Raffer“, muß im Lauf die auf der Straße verstreuten Eier auflesen. Wer zuerst am Ziele anlangt, ist der Sieger. Der Eierlauf ist heute noch in Schwaben ein Dorfspiel ersten Ranges. In anderer Form hat der Eierlauf in vielen Gegenden Deutschlands vor allem bei der Jugend Freunde: Die Läufer müssen auf einem Hügel ein Ei balancieren. Das alles macht den Kindern unendlichen Spaß. Etwas robust ist jene Sitte, die in der Gegend von Waagen, aber auch anderwärts noch erhalten geblieben ist: Die von der Jugend gesammelten Eier werden unter großem Hallo einen Abhang hinuntergerollert. So sinnlos das auf den ersten Blick erscheinen mag, genau wie etwa das Werfen von Eiern in die Höhe oder über einen Baum hinweg — es hat doch einen Sinn, denn in diesem Kinderpiel haben sich Reste einer alten Ruffhandlung erhalten.

Unzählig sind die Bräuche um die Frühlings- und Osterfeier, andere Bräuche knüpfen nur an die ersten Eier des Frühlings an. In manchen Gegenden soll jedes Familienmitglied ein erstes Ei essen, nüchtern oder vor dem Mittagessen, und die besorgte Mutter bringt die weichgekochten Eier den Kindern sogar in der Frühe ans Bett und verzehrt sie nach einem kurzen Gebet gemeinsam mit ihnen. Fragt man nach dem Sinn dieser Sitte, so ist es doch wohl der, daß die Eier, die beim Wiedererwachen des Lebens im Frühjahr gelegt sind, ganz besondere Kräfte enthalten, die dem Menschen die Lebenskraft erneuern sollen. Die neuzeitliche Forschung hat übrigens den alten, auf uns überkommenen Vorstellungen unserer Ahnen recht gegeben.

Wenn jetzt die NS-Frauenenschaft in den Städten wieder die Jugend zum Eiersuchen sammelt und ihnen die alten Eierspiele vermittelt, so ist dieser Versuch begrüßenswert, nicht nur als soziale Tat, sondern auch, weil er uraltes Volksgut zu neuem Leben erweckt. Dieser Versuch verdient Nachahmung, sei es in gemeinschaftlicher Arbeit, sei es durch jeden einzelnen, vor allem in der Familie. Das Ei ist der Frühling in der Schale; Frühling heißt neues Leben! Pflegen wir mit unserer Kindern die alten Eierbräuche, so festigen wir in ihnen wieder den Glauben an die Macht des Frühlings, der ewig ist und immer wiederkehrt.

Kurt Winkler

Zeichnungen (5): Kruha.



Dipp... suchens... donners... bemalte... verdeckt... schon ein... herhalten... heute ist... Morgen... suchen... hatten... mädels... und war... war (sch... Pg. Leb... unterstü... zirkle ein... Schar lo... sten Ref... ein Nest... ab, das... entwickel... dort such... Schluß... Stück Ei... ihnen die... Malter... besonders... Dipp... wahlen... wurde in... 3972 abf... beteiligun... wurden... 3271, das... oder 7 v... waren u... männer u... — D... licht in... Osteraufn... — E... feier alle... Dresden... — K... bringt je... Kerkhof... Kräfte, F... kommen... linge un... sind harm... das Unge... den allerg... schaft un... Schmuck... tige Alter... Es sel des... gefeh hob... quält oder... Kinder ni... werden... Dree... das Press... fehrrsunf... versteht w... so ist doch... um 68 ge... Birna... von einem... die Pferde... der Dohn... Schaufenst... 1000 RM... schleudert... erlitt eine... der den P... Brand... schid, lich